

Gibt es eine „alarmierende“ Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung?

Widersprüchliche Befunde, offene Fragen und die Corona-Zeit als Sonderfall der Entwicklung

Karl-Heinz Reuband¹

1. Widersprüchliche Befunde empirischer Studien

Es ist nicht allzu lange her, dass am 21. September 2023 die Bielefelder Arbeitsgruppe um Andreas Zick eine neue Untersuchung im Rahmen ihrer „Mitte“-Studien zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Bevölkerung veröffentlichte (Zick et al. 2023). Berichtet wird von einem massiven Anstieg des harten Kerns von Personen mit rechtsextremen Einstellungen: 8,3 % der Deutschen hätten der Umfrage zufolge ein manifestes, geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Dabei hätte dieser Wert seit 2014 nie höher als bei 2-3 % gelegen, selbst in den Jahren zuvor wäre dies der Fall gewesen: 2018/19 seien es 2,5 % gewesen, 2020/2021 1,7 %. Die Verschiebung nach rechts würde sich in den Antworten einer Vielzahl von Fragen niederschlagen, in der Beurteilung der Staatsform ebenso wie in ethnozentrischen Ressentiments und Einstellungen zu anderen Themen. So würden 6,6 % eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland befürworten. 2014-2021 hätte der Wert zwischen 2 % und 4 % gelegen.

Entsprechend heftig fiel die öffentliche Resonanz aus: Noch nie seien die Ergebnisse so alarmierend gewesen wie im Fall der aktuellen Studie. Rechtsextreme Ansichten würden beunruhigend stark anwachsen, während der Glaube an die Demokratie bedenklich schrumpfe. Der Anteil der Deutschen, die rechtsextreme Ansichten teilen, hätte sich „im Vergleich zu den Vorjahren praktisch verdreifacht“ (Tagesschau). „Die Demokratie steht unter Druck. Die Mitte der Gesellschaft wird immer empfänglicher für menschenfeindliche Positionen“ (Deutschlandfunk). „Die Mitte wankt. Die neuen Zahlen zu rechtsextremen Einstellungen sind alarmierend“ (TAZ). „Der neue Wunsch nach einem Führer: Studie zeigt mehr Rechtsextremismus“ (Berliner Zeitung). „Millionen Menschen wollen eine Diktatur“ (Berliner Morgenpost). „Eine Diktatur ist kein Tabu mehr“ (Frankfurter Rundschau). „Alarmierende Normalisierung von rechtsextremen Haltungen“ (SWR).

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dass kurz zuvor in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Beitrag von Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie erschienen war (Petersen 2023), in dem berichtet wurde, dass sich die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung zwischen 2019 und 2023 nicht erhöht hätte, blieb in der öffentlichen Reaktion dabei völlig unbeachtet. Dass die andersgearteten Befunde in diesem Zusammenhang nicht zur Kenntnis genommen wurden², dürfte zum einen dem Tatbestand geschuldet sein, dass sie Bestandteil eines thematisch weiter gefassten Zeitungsbeitrags waren und die Präsentation der Ergebnisse nicht – wie im Fall der Mitte-Studie – von einer groß angelegten Pressekonferenz flankiert war, die sich an eine breite mediale und politische Öffentlichkeit richtete (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2023). Von nicht geringerer Bedeutung dürfte der Nachrichtenwert der Meldung gewesen sein: Ein dramatischer Zuwachs rechtsextremer Einstellungen hat für Massenmedien stets einen höheren Nachrichtenwert als eine bloße Konstanz der Verhältnisse.

Vermutlich am gewichtigsten jedoch ist, dass die Ergebnisse der Mitte-Studie gut in das Bild eines steigenden Rechtspopulismus passten, so wie es die nahezu kontinuierlich wachsenden Zahlen zur AfD-Sympathie und AfD-Parteipräferenz in der Bevölkerung erwarten ließen. Angesichts der weiten Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen unter AfD-Wählern musste die steigende Zahl an AfD-Sympathisanten einen Anstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen höchst plausibel erscheinen lassen. Überdies passten die Ergebnisse der Untersuchung gut in das Krisen-Narrativ, wonach Krisen ein Gefühl von Kontrollverlust hervorrufen und dieses autoritäre Einstellungen begünstigt. Schließlich hatte zwischenzeitlich nicht nur die Corona-Krise das Erleben der Bürger beeinträchtigt, es waren der Krieg in der Ukraine dazugekommen, steigende Inflation, Sorgen um die Heizkosten und die Energiekrise bis hin zur Möglichkeit von „Black Outs“.

Doch nicht alles was plausibel erscheint, muss der Realität entsprechen. So muss eine steigende Zahl an Sympathisanten für rechtspopulistische/rechtsextreme Parteien oder Protestbewegungen nicht notwendigerweise mit einer steigenden Verbreitung entsprechender Orientierungen in der Bevölkerung einhergehen. Zwar begünstigt eine steigende Zahl an Personen mit rechten und rechtsextremen Orientierungen eine steigende Zahl rechtsextremer Handlungen (vgl. Ohlemacher 1994), aber die Beziehung gilt nicht zwingend auch umgekehrt. So ging mit dem steigenden Anteil an Wählern von Republikanern und NPD in den 1980er Jahren kein Anstieg der Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung einher, obwohl das Ausländer-

² In den Reaktionen der Öffentlichkeit und in den Berichten der Medien über die Mitte-Studie fehlen Hinweise auf die andersgearteten Ergebnisse des Institut für Demoskopie. Selbst bei denen, die sich kritisch über die Mitte-Studie äußerten (Schröder 2023, Knabe 2023, Kamann 2023), unterblieb der Verweis darauf. Erst die später erschienenen Befunde zum Rechtsextremismus von infratest-dimap (2023a) wurden in den Medien vereinzelt zu den Befunden der Mitte-Studie in Beziehung gesetzt (so bei Kamann 2023).

thema im Vordergrund der Agitation beider Parteien stand (Reuband 1989). Und mit der Entstehung und dem Aufstieg von PEGIDA in Dresden ging in Dresden nicht ein Anstieg ethnozentrischer Ressentiments einher, diese waren in der Zeit der PEGIDA-Entstehung vielmehr geringer als jemals zuvor (Reuband 2020). Steigende Sympathiewerte für rechte und rechtsextreme Parteien und Bewegungen bedürfen nicht zwingend eines Einstellungswandels in der Bevölkerung. Sie können sich auch dann einstellen, wenn das bestehende Potential in der Bevölkerung durch sie vermehrt ausgeschöpft wird.

2. Methodische Grundlagen der Erhebungen: Befragungsverfahren, Art und Auswahl der Indikatoren

Wie aber kann es geschehen, dass die Ergebnisse von Umfragen, die sich auf einen nahezu identischen Zeitraum beziehen³, in ihrer Trendbeschreibung so sehr divergieren wie die Mitte-Studie und die des Instituts für Demoskopie? Immerhin handelt es sich um Erhebungen, die von renommierten Umfrageinstituten unter Anwendung etablierter Erhebungsverfahren durchgeführt wurden – im Fall der Mitte-Studie mittels telefonischer Interviews und vom Institut für Demoskopie Allensbach mittels persönlicher face-to-face Interviews.⁴ Bei allen Befragungen

³ Zu den Feldzeiten im Einzelnen siehe die Anmerkungen zu den Tabellen 1 und 2. Die Erhebung der „Mitte-Studie 2018/19“ fand im Zeitraum September 2018 bis Februar 2019 statt (sie wird von uns im Folgenden verkürzt als Erhebung von 2019 bezeichnet). Die Erhebung der „Mitte-Studie 2020/21“ fand Anfang 2021 statt und wird von uns deshalb – abweichend vom Sprachgebrauch der Autoren – im Folgenden als Mitte-Studie von 2021 bezeichnet. Die Erhebung der „Mitte-Studie 2022/23“ fand Anfang 2023 statt und wird in analoger Weise von uns als Mitte-Studie von 2023 bezeichnet. Auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Methodologie der Erhebung wird die Bezeichnung der Studie von 2023 als „Mitte-Studie 2022/23“ damit gerechtfertigt, dass „einige Einstellungsmuster und Meinungen stabiler sind als andere und nicht erst zum Zeitpunkt der Befragung festgelegt werden. Die Studienergebnisse beziehen sich deswegen sowohl auf das Jahr 2022 als auch auf den Beginn 2023“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2023). Dies ist angesichts der üblichen Eigenschaften von Einstellungen eine ziemlich absurde Argumentation. Die Doppelnennung von Jahren dürfte wohl eher rein formale Gründe gehabt haben, sieht es doch aus Präsentationsgründen (vermeintlich) besser aus, wenn alle Erhebungen der Serie eine gleichartige „Marken“-Kennzeichnung aufweisen.

⁴ Die Erhebung im Jahr 2018/19 wurde durchgeführt durch das „Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum“ an der Universität Duisburg-Essen (SUZ), die Erhebung im Jahr 2021 durch das „Umfragezentrum Bonn“ (UZ Bonn) – einer Ausgründung aus dem Zentrum für Evaluation und Methoden der Universität Bonn – und die Erhebung im Jahr 2023 durch das „Institut für Umfragen, Analysen, DataScience“ (UADS). Das UADS-Institut ist aus dem SUZ-Institut hervorgegangen und steht unter der gleichen wissenschaftlichen Leitung. Es handelt sich bei den telefonischen Befragungen jeweils um CATI-Umfragen mit zufällig generierten Nummern auf der Basis eines Dual-Frame-Ansatzes und der Personenauswahl im Haushalt nach der „last birthday-Methode“. Im Jahr 2023 bestanden 50 % der Nummern aus Festnetz- und 50 % aus Mobilfunknummern. Die Umfragen des Institut für Demoskopie basieren auf Quotenstichproben – einem Auswahlverfahren, das zwar keiner Randomstichprobe entspricht, sich in der Praxis davon in den Ergebnissen jedoch nicht nennenswert unterscheidet (vgl. dazu mit weiterführender Literatur Reuband 1998).

handelt es sich um bundesweite Erhebungen, die sich auf die Bevölkerung ab 16 bzw. ab 18 Jahren beziehen. Die Zahl der Befragten beläuft sich je nach Studie auf rund 1.000 bis 2.000 Personen.

Dass die Unterschiede im Erhebungsverfahren den Schlüssel zum Phänomen der Divergenz liefern, ist unwahrscheinlich. Zwar wird mitunter in der Literatur argumentiert, telefonische Befragungen seien anonymer und würden deshalb eher ein Eingeständnis abweichender sozialer und politischer Einstellungen begünstigen. Daraus folgernd könnte man bei ihnen nicht nur einen höheren Anteil rechtsextremer Einstellungen erwarten, sondern ebenso vermuten, dass sich anbahnende Entwicklungen, die in tabuisierte Richtungen verlaufen, durch sie eher erfasst werden. Doch dass die Unterschiede in den Erhebungsverfahren der Grund sind, warum die telefonisch durchgeführte Mitte-Studie von 2023 im Gegensatz zur anderen Studie einen Anstieg ermittelte, ist nicht anzunehmen.

Denn wenn ein Befragungsverfahren das Eingeständnis sozial tabuisierter Einstellungen begünstigt, dann ist es eher die face-to-face als die telefonische Befragung. Ist auch der persönliche Kontakt bei einer face-to-face Befragung direkter, so bietet sie doch eher die Chance zur Herausbildung eines Vertrauensverhältnisses zum Interviewer. Entsprechend wird manches, von dem die Befragten im Interview zunächst sagen, sie würden Fragen dazu nicht beantworten, im Lauf des Interviews dann doch dem Interviewer gegenüber geäußert (Reuband 1991).

Dass unterschiedliche Erhebungsverfahren womöglich einen Effekt auf die Ergebnisse ausüben, betrifft nicht nur den hier angesprochenen Vergleich der Mitte-Studie mit der Studie des Institut für Demoskopie. Es betrifft ebenfalls Projekte, die mit identischem Frageinstrumentarium arbeiten und einen Wechsel des Erhebungsmodus in der Corona-Zeit vornahmen – so wie das SOEP, das aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen in der SOEP-CoV-Studie von face-to-face auf Telefoninterviews überging. Sowie andere Studien, in denen aus ökonomisch-pragmatischen oder anderen Gründen ein Wechsel von face-to-face oder telefonischen Befragungen auf Online-Befragungen stattfand.

Alles in allem halten sich die Unterschiede zwischen face-to-face und telefonischen Befragungen nach den vorliegenden Studien im Allgemeinen jedoch in Grenzen. Wenn Anonymität in Befragungen maximiert und die Bereitschaft zu Offenlegung eigener Einstellungen am größten ist, dann am ehesten in schriftlichen Befragungen, die entweder postalisch oder Online durchgeführt werden (vgl. u.a. Reuband und Blasius 1996, Green und Krosnick 2001, Reuband 2002, Holbrook et al. 2003, Jäckle et al. 2006, Keeter 2015, Kennedy und Deane 2019, Reuband 2013, Cernat et al. 2016, Dolan und Kavestos 2016, Zhang et al. 2017).⁵

⁵ Dass in face-to-face Befragungen etwas eher als in telefonischen Befragungen auch ethnozentrische Ressentiments geäußert werden, darauf deutet der Vergleich der Mitte-Studie von 2019 mit der Umfrage des Institut für Demoskopie aus dem gleichen Jahr hin. In einer Splitversion des

Wie verhält es sich mit den Indikatoren zur Messung von Rechtsextremismus in den Erhebungen? Die Erhebungen der Mitte-Studie und des Institut für Demoskopie decken mit ihren Fragen mehrere Dimensionen rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen ab.⁶ Es geht um die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, um Nationalismus, die Beurteilung des Nationalsozialismus, um Antisemitismus, Ethnozentrismus und um die Abwertung sozial Unterprivilegierter (auch als „Sozialdarwinismus“ bezeichnet). In den Erhebungen der Mitte-Studie sind für die sechs Dimensionen jeweils drei Indikatoren eingesetzt – zusammen also 18 Indikatoren. In den Erhebungen des Instituts für Demoskopie sind es 10 Indikatoren. Die Frageformulierungen des Instituts für Demoskopie differieren zwar von denen der Mitte-Studie, die Dimensionalität der Indikatoren jedoch ist ähnlich: Die Mehrzahl entfällt auf die gleichen Dimensionen. Kein Bestandteil der Rechtsextremismusskala der Mitte-Studie, wohl aber des Instituts für Demoskopie, sind drei Statements, die sich auf die Verfasstheit der Demokratie in Deutschland (Scheindemokratie), auf die Legitimität von Gewalt und auf das subjektive Krisenerleben beziehen. Damit sind Aspekte einbezogen, die von vielen Autoren als bedeutsame Bestandteile rechtsextremer Orientierungen verstanden werden.⁷

Fragebogens der Mitte-Studie von 2019 wurde – ähnlich wie beim Institut für Demoskopie – das Statement vorgelegt „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“. Die Aussage bejahten 35 % (Zick et al. 2019: 70 f.), in der Umfrage des Institut für Demoskopie 2019 40 % (s. in diesem Beitrag Tabelle 2). Erfasst man das Statement der Mitte-Studie nicht mit einer 4er-, sondern einer 5er-Skala (mit „teils/teils“ als Mittelkategorie), ergibt sich für die Zustimmung ein Anteil von 24,9 % und für teils/teils von 23,6 % (Zick et al. 2019: 71). Würde man den Anteil für „teils/teils“ zur Hälfte der Zustimmung zurechnen (vgl. Anm. 8), käme man auf einen Anteil von 37 % – ein Wert, der sich nicht allzu sehr unterscheidet vom obigen Wert in der Mitte-Studie ohne „teils/teils“ als Mittelkategorie, der aber nach wie vor (leicht) unter dem des Institut für Demoskopie läge. Vergleicht man die Ergebnisse aus der Motra-Studie von 2021 (postalisch schriftlich durchgeführt, vgl. Wetzels et al. 2022: 83) mit denen der telefonisch durchgeführten Mitte-Studie aus dem gleichen Jahr (Küpper et al. 2021) oder der face-to-face, mit einem schriftlichen Befragungsteil durchgeführten Autoritarismus-Studie von 2022 (Decker et al. 2022) – jeweils mit ähnlicher Umrechnung der „teils/teils“ Kategorie wie zuvor –, so ergeben sich für die Mehrheit der von uns auszugsweise verglichenen Fragen (‚Führer‘, ‚NS-Verbrechen‘, ‚Wertvolle Menschen‘) nur minimale Unterschiede im Ausmaß der Zustimmung (zwischen 2 und 4 Prozentpunkte), nicht aber bei der Aussage „Mut zu einem starken Nationalgefühl“: hier liegt die Zustimmung in der schriftlich-postalischen Umfrage um 7-8 Prozentpunkte höher als in den anderen beiden Umfragen (eigene Berechnungen). Das könnte für themenspezifische Effekte sprechen.

- ⁶ Die Übergänge zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen sind fließend. Mehrere der eingesetzten Indikatoren eignen sich ebenso gut zur Erfassung des Rechtspopulismus, andere sind stärker auf rechtsextreme Positionen ausgerichtet. Zu den Problemen der Messung des Rechtsextremismus siehe u.a. Neu und Pokorny (2018). Zu den Dimensionen des Rechtsextremismus und ihrem theoretisch-konzeptuellen und empirischen Stellenwert in der Rechtsextremismusskala der Leipziger und Bielefelder Forschergruppen, entstanden im Rahmen einer Konsens-Festlegung zur Erfassung des Rechtsextremismus, siehe Heller et al. (2020).
- ⁷ Dies gilt auch für die Vertreter der Mitte-Studie. Die Billigung von Gewalt ist bei ihnen jedoch nicht Bestandteil ihrer Rechtsextremismusskala. Sie wird getrennt davon erhoben (vgl. Zick und Mokros 2023: 84ff.). Bei Susanne Rippl und Christian Seipel (1997) ist sie hingegen Bestandteil der Rechtsextremismusskala.

Während die Mitte-Studie eine 5-stufige Antwortskala verwendet („stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – teils/teils – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab“), ist die Antwortoption in der Umfrage des Instituts für Demoskopie dichotomer Art: Es gibt lediglich Zustimmung oder Ablehnung. Die Statements waren beim Institut für Demoskopie auf Karten vorgegeben, aus denen die Befragten diejenigen auszuwählen hatten, deren Aussage sie zustimmten.⁸ In mehreren anderen (meist telefonischen) Befragungen, in denen Rechtsextremismuskalen eingesetzt wurden – wie dem Thüringen-Monitor (Reiser et al. 2023) –, ist es ebenfalls üblich, auf die Vorgabe einer „teils/teils“-Kategorie zu verzichten und lediglich die Zustimmung oder Ablehnung zu erfragen – in letzterem Fall, indem die Zustimmung und die Ablehnung weiter in starke und schwache Zustimmung sowie starke und schwache Ablehnung unterschieden wird.

Eine mittlere „teils/teils“-Kategorie vorzugeben, läuft Gefahr – ähnlich wie bei der Vorgabe von „Weiß nicht“ als Antwortkategorie (vgl. Reuband 1990) –, dass Personen, die sich nicht dezidiert äußern wollen, sich in ihrer Meinungsäußerung in diese Kategorie zurückziehen. Deshalb wird es oftmals präferiert, die Befragten zu einer Antwort zu drängen, indem ihnen die neutrale Antwortkategorie gar nicht erst vorgegeben wird und dem Interviewer allenfalls als Residualkategorie („keine Angabe“) zur Verfügung steht. Welche Konsequenzen dies inhaltlich für das Antwortverhalten mit sich bringt – zumal bei potentiell sensiblen Themen wie den hier diskutierten –, ist eine offene Frage. Zum Glück wurden in der Mitte-Studie von 2019 in einer Split-Fassung mehrere Fragen aus dem Themenbereich „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowohl in einer 4er- als auch einer 5er-Skala (mit „teils/teils“-Kategorie) eingesetzt (Zick et al. 2019: 70). Dies erlaubt eine Überprüfung. Wenn man diese Daten als Grundlage wählt und bei den 5er-Skalen den Prozentsatz von „teils/teils“ zur Hälfte jeweils der Zustimmung und der Ablehnung zurechnet, so zeigt sich nach unseren Berechnungen: Man kommt mit diesem Vorgehen den Antwortverteilungen der 4er-Skala ziemlich nahe.⁹

⁸ Ein derartiges Vorgehen ist beim Institut für Demoskopie in vielen Erhebungen üblich. Es begünstigt u.E. eine bewusstere Entscheidung auf Seiten der Befragten als in Fällen, in denen – wie sonst in Umfragen üblich – die Statements vom Interviewer hintereinander vorgelesen werden. Akquieszenzeffekte werden bei Kartenvorlage vermutlich reduziert.

⁹ Über die gelisteten 15 Statements hinweg (die meisten mit Zustimmung im zweistelligen Bereich) kommt man auf einen durchschnittlichen Differenzwert von 2,2 %. Die niedrigste Abweichung liegt bei -0,3 %, die höchste bei 4,4 %. Lediglich 6 Statements weisen Differenzen von mehr als 3 Prozentpunkten auf. In den meisten Fällen wird durch den Berechnungsmodus der Anteil der Personen, die dem Statement zustimmen und damit rechtspopulistischen/rechtsextremen Positionen zugeordnet werden, etwas erhöht. Ob dies bedeutet, dass es realistischer wäre, ein etwas anderes Aufteilungsverhältnis vorzunehmen, oder ob auch die Skalenbenennung einen Anteil daran hat, ist ungewiss. Die Antwortskala reicht von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“. Wie es sich bei umgekehrter Reihenfolge verhalten würde („stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“), ist unbekannt.

Das hieße, dass man bei einer derartigen Umrechnung durchaus ein (etwas grobes) Vergleichsmaß zur Verfügung hätte. Ob die hohe Übereinstimmung ebenfalls bei anderen Themen Gültigkeit hat, ist allerdings eine offene Frage. Im Folgenden benutzen wir bei der Darstellung primär die Ergebnisse der Originalversionen und weisen bei den 5er-Skalen nur den Anteil der Zustimmung und nicht den „teils/teils“-Anteil aus. Umrechnungen mit einer Aufteilung der „teils/teils“-Angaben auf die Kategorien Zustimmung und Ablehnung nehmen wir nur bei Bedarf in ausgewählten Fällen vor, meist in ergänzender Funktion.

Sowohl in der Mitte-Studie als auch der des Instituts für Demoskopie wird bei der Bestimmung des Anteils rechtsextremer Orientierungen in der Bevölkerung ein Gesamtwert berechnet: durch Addition der Einzelwerte und anschließende Skalenbildung. Wer einen bestimmten Skalenwert überschreitet, der die überwiegende Mehrheit der erreichbaren Punkte umfasst, wird als rechtsextrem klassifiziert.¹⁰ In der jüngsten Mitte-Studie wurden auf der Basis der Skalenkonstruktion 8,3 % der Befragten als „manifest“ rechtsextrem (bzw. als „rechtsextrem mit geschlossenem Weltbild“) eingestuft. Hinzu kämen 20,1 % der Bevölkerung, die einem „Graubereich“ zuzuordnen seien: die kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, aber auch nicht klar demokratisch orientiert seien (Zick und Mokros 2023: 71). In der jüngsten Umfrage des Instituts für Demoskopie hingegen wurden 2 % als „rechtsradikal“ eingestuft; weitere 12 % hätten ausgeprägt rechte, teils autoritäre politische Ansichten (Petersen 2023: 3).

Die Unterschiede zwischen den Studien in der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen dürften nicht nur der Auswahl und Formulierung der Indikatoren sowie dem Berechnungsmodus geschuldet sein – sie dürften auch konzeptueller Art sein. Denn zu der Fragebatterie des Instituts für Demoskopie zählt – anders als in der Mitte-Studie – ebenfalls ein Item, das die Demokratieorientierungen thematisiert. Und es zählt als Vorfilter bei der Einstufung der Befragten als rechtsradikal dazu, dass sie sich auf einer 10-stufigen Links-Rechts-Skala rechts von der Mitte einordnen. Dies macht insofern Sinn, als einige der Statements – so ebenfalls in der Mitte-Studie und anderen Erhebungen – ebenso gut Bestandteil linksextremer Orientierungen sein können.¹¹

¹⁰ Zum Verfahren in der Mitte-Studie siehe eingehender Zick und Mokros (2023: 63). Beim Institut für Demoskopie wurden der Bestimmung des Rechtsextremismus (Petersen 2023) zum einen die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala und zum anderen die Zahl der zustimmenden Antworten auf die vorgelegten Statements zugrunde gelegt. Wer auf der 100-stufigen Links-Rechts-Skala einen Wert zwischen 53 und 100 erreichte und mindestens 7 der 10 vorgelegten Aussagen bejahte, wurde als rechtsradikal eingestuft. Die Statements umfassten die in Tabelle 2 gelisteten Aussagen sowie die Aussage „Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern.“

¹¹ Bestandteil linksextremer Orientierungen könnten z.B. auch antisemitische Einstellungen sein oder die grundsätzliche Ablehnung des politischen Systems. So in der Studie des Instituts für Demo-

Zu den üblichen Annahmen in der Literatur gehört, dass diejenigen, die auf einer Rechtsextremismusskala hohe Werte einnehmen, mehr oder minder zwangsläufig antidemokratisch orientiert sind und sich selbst politisch rechts verorten. Dies ist jedoch in der sozialen Realität keine Selbstverständlichkeit. Politische Einstellungen müssen nicht immer konsistent, und die Befragten müssen sich dessen nicht mal bewusst sein (vgl. Converse 1964). In manchen Fällen mag es auch einer spezifischen subjektiven Logik entsprechen, warum (vermeintlich oder real) Gegensätzliches nebeneinander besteht. Die Befürwortung einer Diktatur im Notfall könnte z.B. mit der Vorstellung verbunden sein, dass die parlamentarische Demokratie die beste Staatsform ist. Nur dass es eben spezifische Umstände gibt, bei denen eine derartige Ausnahmesituation ausnahmsweise und zeitlich beschränkt sinnvoll ist. Desgleichen kann jemand der Meinung sein, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe, aber zugleich die Ansicht vertreten, dass die in Deutschland lebenden Ausländer bei der Vergabe von Wohnungen nicht anders behandelt werden sollten wie Einheimische, Gleichheitsrechte mithin den Vorrang haben.

Aufgrund derartiger Konstellationen ist es möglich, dass Personen, die objektiv inhaltlich rechtsextreme Positionen vertreten, sich selbst politisch in der Mitte oder gar links einordnen (vgl. auch Arzheimer et al. 2001: Anm. 16). Und es ist möglich, dass sie keine dezidiert antidemokratische Position einnehmen. Die Befunde aus empirischen Studien deuten in der Tat darauf hin, dass die Zusammenhänge weniger eng sind, als man es üblicherweise erwarten würde. So ergab sich in Erhebungen des Thüringen-Monitors zwischen der Selbsteinstufung auf der 10-stufigen Links-Rechts-Skala und der Einstufung auf der Rechtsextremismusskala durchschnittlich nur eine Korrelation von $r = .34$ (Best und Vogel 2022: 43). Und in einer bundesweiten Umfrage – schriftlich durchgeführt (mithin mit reduzierten sozialen Erwünschtheitstendenzen) – ergab sich zwischen der Skala für „Demokratiedistanz“¹² und der Rechtsextremismusskala eine Korrelation, die

skopie z.B. die Statements „Wir leben nun scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“, „Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen“. Und in der Mitte-Studie (und anderen Studien) die Statements „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur eine bessere Staatsform“, „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Mag auch der Begriff der Volksgemeinschaft bei manchen Befragten Reminiszenzen an den Sprachgebrauch der NS-Zeit wecken, so mag er bei anderen eher mit linken Positionen assoziiert sein und anti-elitäre Züge tragen. Beim Institut für Demoskopie sind die beiden oben genannten Statements (‚Bürger nichts zu sagen‘ respektive mit ‚Gewalt zur Wehr setzen‘) Bestandteil sowohl der Links- als auch der Rechtsextremismusskala und werden durch den Rückgriff auf die Frage zur Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala voneinander in der Analyse separiert.

¹² Die Skala zur Messung „demokratiedistanter Einstellungen“ in der Untersuchung von Peter Wetzels et al. (2022: 78) umfasst die Dimensionen „Demokratische Freiheitsrechte“, „Konstitutionelle Verfasstheit“ und „Gleichheitsrechte“ mit jeweils 4 Indikatoren (wie z.B. „Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden“, „Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das

nicht so stark ist, wie man es theoretisch hätte erwarten können: von $r=.65$ (Wetzels et al. 2022: 85).

Die relative Unabhängigkeit der relevanten Variablen voneinander hat für den Berechnungsmodus zur Bestimmung rechtsextremer Orientierungen bedeutende Folgen. Je nachdem, ob man sich lediglich auf die Rechtsextremismusskala stützt oder demokratiedistante Einstellungen mit in die Skalenkonstruktion einbezieht, unterscheiden sich die Zahlen: So wurden gemäß der Rechtsextremismusskala in der schriftlich-postalisch durchgeführten bundesweiten Studie von Peter Wetzels und Koautoren im Jahr 2021 4,9 % der Bevölkerung als klar rechtsextrem eingestuft. Als klar rechtsextrem *und* demokratiedistant jedoch nur 2,6 % (Wetzels et al. 2022: 85).

Aufgrund der partiellen Unterschiede im Bereich der Indikatoren, der unterschiedlichen Antwortoptionen und dem bei der Skalenbildung gewählten „Cut-of-Wert“ ist ein direkter Vergleich der Mitte-Studie mit der Studie des Instituts für Demoskopie auf der Ebene der Gesamtpunktzahl nicht möglich. Ein Vergleich auf der Ebene der einzelnen Indikatoren, soweit sie ähnlich konstruiert sind, ist es hingegen. Dies hat zudem den Vorteil, dass man das themenspezifische Spektrum von Konstanz und Wandel indikatorenspezifisch erfassen kann. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Entwicklungsrichtungen der Indikatoren und Dimensionen innerhalb einer Studie unterscheiden. Auch wenn ein Zusammenhang unter den unterschiedlichen Indikatoren bestehen mag, weisen doch jeder Indikator und jede Dimension eigene Akzente auf, so dass es durchaus möglich ist, dass die Entwicklungen bei einigen parallel zueinander verlaufen und bei anderen nicht.

Nicht an dieser Stelle geklärt werden kann – nicht zuletzt aufgrund der z.T. eingeschränkten Indikatorenqualität der Fragen –, welche Erhebung die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen am besten erfasst. Charakteristisch für die Studien ist es, dass sie in unterschiedlichem Umfang Statements enthalten, bei denen der eindeutige rechtsextreme Bezug fehlt¹³ und wo sich die entsprechende Orientierung erst in Kombination mit der Beantwortung der anderen Statements gleicher

nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden“). Zum Teil sind die Übergänge zu ethnozentrischen Aussagen, wie sie in seiner Rechtsextremismusskala verwendet werden, allerdings fließend (wie der Fall bei „Muslime müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen wie Christen, Juden oder andere Religionen“, vom Verfasser der Dimension „Gleichheitsrechte“ zugeordnet).

¹³ Die Meinung, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe, kann – wenn die Frage auf Migration bezogen wird – auch bedeuten, dass es angesichts des Asylbewerberzustroms den Kommunen immer schwerer fällt, damit umzugehen und es deshalb zu viele Ausländer (Migranten) in Deutschland gebe. Ein derartiges Urteil wäre nicht per se rechtspopulistisch oder rechtsextrem. Dass Rechtsextreme dieses Statement überproportional bejahen, muss nicht heißen, dass diejenigen, die das Statement bejahen, rechtsextrem sein müssen. Zu einer kritischen Diskussion der Frageformulierungen in bestehenden Rechtsextremismusskalen siehe u.a. Pokorny 2016, Neu und Pokorny 2018: 170ff., Jesse 2019).

Dimension erschließt. Eine offene Frage ist zudem, ob man – wie beim Institut für Demoskopie – nicht nur die Zustimmungsrate, sondern ebenfalls die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala in die Berechnung eingehen lassen sollte. Legt man lediglich die Zahl der zustimmenden Antworten zugrunde, schließt man in die Berechnung all jene Personen mit ein, die gewissermaßen latent – ohne sich notwendigerweise dessen bewusst zu sein – rechtspopulistische/rechtsextreme Positionen vertreten. Es sind Personen, die sich aufgrund des eigenen politischen Selbstbildes womöglich niemals für rechtsextreme Proteste und Parteien engagieren würden.

Diese Frage von latenten und manifesten politischen Orientierungen sei hier aber nicht weiterverfolgt. Denn die Klärung der Frage, wie groß der Anteil der Personen mit rechtsextremen Orientierungen in der Bevölkerung ist, ist nicht Gegenstand dieses Beitrags.¹⁴ Es geht vielmehr um die Veränderungen in jüngerer Zeit: Ob es einen (dramatischen) Anstieg rechtsextremer Orientierungen gegeben hat oder nicht. Für die Klärung dieser Frage kommt es vor allem darauf an, inwieweit die zentralen Dimensionen rechtsextremer Orientierungen durch Indikatoren in den jeweiligen Erhebungen hinreichend erfasst sind. Und in den hier herangezogenen Umfrageserien ist dies der Fall.

3. Ein alarmierender Anstieg des Rechtsextremismus? Die Befunde der Mitte-Studie im Zeitvergleich

Welche Fragen in der Mitte-Studie zur Messung rechtsextremer Einstellungen eingesetzt wurden und wie sich die Zahlen im zeitlichen Verlauf entwickelt haben, ist für den Zeitraum 2019 bis 2023 in *Tabelle 1* zusammengestellt. Auffällig ist, dass sich kein linearer Trend abbildet, sondern eine Entwicklung, die durch einen Einschnitt im Jahr 2021 gekennzeichnet ist: Die Werte liegen in diesem Jahr nahezu durchgängig niedriger als in den Jahren davor und danach. In den meisten Fällen hält sich dieser Rückgang in Grenzen, überschreitet nicht mehr als 3-4 Prozentpunkte. Aber es gibt vereinzelt auch größere Rückgänge, so bei den Statements „Wir sollten wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ (minus 8 Prozentpunkte), „Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ (minus 5 Prozentpunkte), „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (minus 9 Prozentpunkte), „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet (minus 8 Prozentpunkte)“.

¹⁴ Zur Frage früherer Bemühungen, den Anteil von Personen mit rechtsextremen Einstellungen zu schätzen, sowie zu Ergebnissen im Ost-West-Vergleich und nach sozialen Merkmalen siehe Richard Stöss (2010: 56 ff.).

Tabelle 1: Indikatoren zur Messung rechtsextremer Einstellungen in der Mitte-Studie im Zeitverlauf (Zustimmung in %)

	2019	2021	2023
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	4	4	7
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	22	18	24
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	11	7	14
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	39	31	40
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	18	13	23
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht	17	13	21
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen	8	5	12
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden	7	6	8
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	9	6	8
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen	19	10	25
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken	9	6	18
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet	19	11	28
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	7	4	12
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen	7	4	8
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	6	3	8
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	6	6	11
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen	8	4	10
Es gibt wertvolles und unwertes Leben	10	7	12

Basis: Skala mit „teils/teils“ als Antwortoption, in Tabelle hier nur gelistet Zustimmung zu den Statements.

Die Statements 1-3 werden von den Autoren zugerechnet der Dimension „Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur“; 4-6 „Nationalchauvinismus“, 7-9 „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, 10-12 „Fremdenfeindlichkeit“, 13-15 „Antisemitismus“, 16-18 „Sozialdarwinismus“.

Frageformulierung: „In Deutschland gab und gibt es verschiedene Vorstellungen von Staat, Politik und Gesellschaft. Uns interessiert Ihre Meinung dazu. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den nachfolgenden Aussagen zustimmen. Sie können „völlig ablehnen“, „überwiegend ablehnen“, „teils zustimmen/teils nicht zustimmen“ sowie „überwiegend zustimmen“ oder „voll und ganz zustimmen“. (Hier: „stimme überwiegend“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst; eigene Berechnungen).

Quelle: Küpper et al. (2019: 124f.), Küpper et al. (2022: 86f.); Zick und Mokros (2023: 64f.).

Feldzeiten: September 2018-Februar 2019; Januar-Februar 2021; Januar-Februar 2023. Mit Ausnahme der Erhebung von 2018/19 (die hier von uns verkürzt unter dem Jahr 2019 gelistet ist), fanden die Erhebungen in den Anfangsmonaten des jeweiligen Jahres statt. Insofern ist die Kennzeichnung der Studien in den Publikationen der Mitte-Studie als 2020/21 bzw. 2022/23 etwas irreführend.

In der Folgezeit steigen die entsprechenden Werte wieder an. Die stärksten Zuwächse entfallen dabei auf die Aussagen, die zuvor den stärksten Rückgang erlebten: auf diejenigen, die nationale bis nationalistische Einstellungen („Nationalgefühl“, „Interessen durchsetzen“, „Macht und Geltung“) und ethnozentrische Einstellungen („Ausnutzen des Sozialstaats“, „Überfremdung“) beinhalten. Darüber hinaus finden sich (leichte) Zuwächse bei Indikatoren zu anderen Dimensionen – darunter solchen, die zuvor nur einen geringen oder keinen Rückgang der Zustimmung verzeichnet hatten, wie z.B. beim Statement „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert“. In diesem Fall hatte es einen Rückgang der Zustimmung von 4 Prozentpunkten gegeben. Nun vollzog sich ein Zuwachs um 6 Prozentpunkte. Ein überproportionaler Zuwachs entfällt ebenfalls auf Hitler als Staatsmann (plus 7 Prozentpunkte). In den meisten Fällen halten sich die Zuwächse jedoch in Grenzen.

Der Rückgang der Zustimmung zu den vorgelegten Statements beim Übergang von 2019 auf 2021 ist bemerkenswert. Es ist die Zeit, in der sich die Coronapandemie ausbreitete und nachhaltig das Bewusstsein der Bevölkerung bestimmte. Unter derartigen Umständen würde man auf den ersten Blick eher eine Stärkung autoritärer Orientierungen erwarten als deren Schwächung: Denn Gefühle von Kontrollverlust, welche bisherige Selbstverständlichkeiten und Gewissheiten in Frage stellen, erhöhen – so eine gängige Annahme in der Literatur – das Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit und Ordnung und begünstigen so autoritäre Tendenzen (vgl. u.a. Heitmeyer 2018).

Dass die niedrigen Werte in der Mitte-Studie von 2021 nicht etwa Folge des zwischenzeitlich stattgefundenen Wechsels des Erhebungsinstituts im Sinne eines „House-Effekts“ (Smith 1978, Schumann et al. 2019) sind¹⁵, legt der Vergleich mit anderen Umfragen nahe. So wurden in den bundesweiten Umfragen der Leipziger Forschergruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler weitgehend die gleichen Indikatoren wie in der Mitte-Studie eingesetzt und das Umfrageinstitut blieb über die verschiedenen Erhebungen hinweg das Gleiche. Und auch hier lässt sich bei mehreren Indikatoren ein ähnlicher Rückgang mit Beginn der Corona-Krise erkennen; der Vergleich der Jahre 2018 mit 2020 macht dies deutlich (2019 fand keine Erhebung statt).¹⁶ Desgleichen kann man dem Thüringen-Monitor, der sich

¹⁵ 2021 führte das UZ Bonn die Telefonbefragung durch, in den anderen beiden Jahren das SUZ/UADS (siehe Anm. 3). „Haus-Effekte“ („House Effects“) ergeben sich in der Regel weniger aufgrund der Stichprobenziehung als aufgrund unterschiedlicher Praktiken auf Seiten des Interviewerstabs, z.B. im Umgang mit Befragten, die sich unentschieden oder indifferent gegenüber der jeweils angesprochenen Thematik äußern.

¹⁶ In der Reihenfolge der Jahre 2016-2018-2020-2022 ergeben sich z.B. für die hier aufgelisteten Statements die nachfolgenden Zustimmungswerte (in %): „Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“: 26-34-20-21; „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“: 22-25-17-19; „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige

auf Befragungen in Thüringen stützt und den Vorteil jährlicher Erhebungen hat, einen Rückgang in der Verbreitung rechtsextremer Orientierungen beim Übergang von 2019 auf 2020 entnehmen.¹⁷

Dass die Besonderheit der Entwicklung umgekehrt nicht im Jahr 2021, sondern im Ausgangsjahr des Vergleichs liegen könnte – sich dieses Jahr durch einen atypisch hohen Zustimmungswert auszeichnet – kann man ausschließen: Bezieht man aus den Umfrageserien der Bielefelder (Zick et al. 2023), der Leipziger Forschergruppe (Decker et al. 2023) sowie denen im Rahmen des Thüringen-Monitors (Reiser et al. 2023) die jeweils vorangegangene Erhebung in die Betrachtung ein, so ist unschwer erkennbar, dass sich die Ausgangswerte des Zeitvergleichs innerhalb des zuvor bestehenden Wertespektrums bewegen. Dies bedeutet, dass die Veränderungen in der Zeit der Corona-Krise einen genuinen Rückgang rechts-populistischer/rechtsextremer Einstellungen bedeuten und nicht etwa die Wiederherstellung eines zuvor bestandenen Zustands.

Nach den vorliegenden Befunden sprechen alle Indizien somit für eine atypische Entwicklung in der Zeit der Corona-Krise. Damit liegt es nahe, für einen Trendvergleich, der die jüngere Zeit umfasst, nicht das Jahr 2021, sondern das Jahr 2019 – mithin das Jahr vor Beginn der Corona-Krise – als Ausgangsbasis zu wählen. Anderenfalls hieße es, atypisch niedrige Werte als Ausgangsbasis zugrunde zu legen und das Ausmaß der Veränderungen zu überschätzen. Was erbringt dieser Vergleich? Alles in allem erweisen sich die Veränderungen zwischen 2019 und 2023 – wie man *Tabelle 1* entnehmen kann – als bemerkenswert moderat. Der stärkste Anstieg entfällt auf die ethnozentrischen Einstellungen – mit einem Plus je nach Statement zwischen 6 und 9 Prozentpunkten. Alle anderen Indikatoren verzeichnen niedrigere Zuwächse, diese liegen in der Regel zwischen 1 und 4 Prozentpunkten.

starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“: 22-19-17-15; „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Staat auszunutzen“ 32-36-28-27. „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken“: 26-27-19-21; „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“: 34-36-26-26 (vgl. Decker et al. 2016: 30, Decker et al. 2018: 73f., Decker et al. 2020: 36, Decker et al. 2022: 38).

¹⁷ Die Zustimmungswerte liegen in den Erhebungen des Thüringen-Monitors höher als in der zuvor zitierten Studie, da eine 4er-Skala ohne die Kategorie „teils/teils“ verwendet wurde. Die Zahlen bringen auch hier in der Regel einen deutlichen Einschnitt beim Übergang auf das Jahr 2020. In der Reihenfolge der Jahre 2017-2018-2019-2020-2021-2022 ergeben sich z.B. für die folgenden Statements die nachfolgenden Zustimmungswerte (in %): „Was unser Land braucht ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“: 64-64-61-50-48-56; „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran“ 30-25-34-23-18-20; „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Staat auszunutzen“: 44-49-45-41-37-41; „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“: 53-58-56-44-42-47; „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ 22-25-23-18-9-10 (vgl. Reiser et al. 2020: 52, Reiser et al. 2023: 80). Im Fall des Sachsen-Anhalt-Monitors (Holtmann et al. 2022), der alle 2 Jahre und nicht jährlich wie der Thüringen-Monitor stattfindet, ist die Situation weniger eindeutig.

Dass sich der stärkste Anstieg auf den Bereich ethnozentrischer Einstellungen bezieht, könnte partiell auch eine Reaktion auf den zwischenzeitlichen Zuwachs an legaler und illegaler Migration sein. Zwar gibt es nicht mehr wie 2015/16 die täglichen Bilder in den Medien von Flüchtlingen, die in Massen auf dem Marsch nach Österreich und Deutschland sind. Aber dass immer mehr Menschen aus der Ukraine nach Deutschland kommen (und in der Bevölkerung auf großes Wohlwollen stoßen) und dass zusätzlich die Zahl der Asylbewerber ansteigt, dürfte bekannt sein.

Nachdem die Zahl der Asylbewerber 2016 einen Höhepunkt erreicht hatte, war sie in den Folgejahren gesunken und erreichte mit 103.000 Personen, die einen Erstantrag stellten, 2020 ihren Tiefpunkt. Von da an setzte ein neuer Anstieg ein: in absoluten Zahlen eher schwach – aber gemessen am Ausgangswert fast um die Hälfte mehr als ein Jahr zuvor (2021: 148.000) –, dann in beschleunigter Weise (2022: 218.000, 2023: 234.00 bis einschl. September – hoch gerechnet aufs Jahr vermutlich mehr 313.000 Personen). Gegenüber dem Jahr 2020 entspräche dies mehr als einer Verdreifachung (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2023: 5).

Die Entwicklung dürfte bei nicht wenigen Befragten Erinnerungen an den großen Zustrom von Asylbewerbern der Jahre 2015/16 und an deren Integrationsprobleme geweckt haben. Und umso mehr dürfte die Thematik bei ihnen ein besonderes Gewicht erlangt haben. Die Zahl derer, welche die Frage von Zuwanderung und Integration als ein dringendes gesellschaftliches Problem verstehen, ist dementsprechend wieder in der Bevölkerung gestiegen.¹⁸ Dass sich in dem Anstieg ethnozentrischer Einstellungen eine Ausbreitung verschwörungstheoretisch beeinflusster Einstellungen widerspiegelt, die sich auf das Thema einer „Umvolkung“ beziehen (wie sie bei Rechtsextremen überproportional anzutreffen sind), ist demgegenüber auszuschließen. Die Zahl derer, welche dem Glauben an eine „Umvolkung“ anhängen, ist stabil und prozentual relativ klein.¹⁹

¹⁸ Auf die Fragen „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“, „Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?“ nannten (im Rahmen einer offenen Frage) in der Zeit der Erhebung der Mitte-Studie 2019 36 % der Befragten das Thema „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“, 2021 waren es 5 %, 2023 14 %. In der Zeit der Umfrage des Institut für Demoskopie waren es 2019 31 %, 2022 4 %, 2023 22 % (Zahlen entnommen Forschungsgruppe Wahlen 2023).

¹⁹ Die Zahl derer, die dem Satz zustimmen „Die unkontrollierte Flüchtlingszuwanderung ist eine neue Strategie zur Abschaffung des deutschen Volkes („Umvolkung“), ist weitgehend stabil, unterscheidet sich 2022 nicht nennenswert von den Angaben im Jahr 2017. Für „ganz sicher/wahrscheinlich wahr“, hielten die Aussage 2016 9 %, 2017 8 %, 2018 11 %, 2019 10 %, 2020 7 % (Jackob et al. 2023: 111, 160) und 2022 7 % (persönl. Mitteilung).

4. Stabilität statt Wandel: die Umfragen des Institut für Demoskopie

In *Tabelle 2* sind die Zahlen für die Erhebungen des Instituts für Demoskopie dargestellt.²⁰ Ähnlich wie in der Mitte-Studie ist die Zustimmung zu den Statements nach 2019 zunächst gesunken und dann wieder gestiegen. Dass sich der Rückgang noch im Februar 2022 abzeichnete (in der Mitte-Studie bildete Januar/Februar 2021 den Bezugspunkt für die Corona-Zeit), legt nahe, dass der Rückgang während der Corona-Krise einen breiteren Zeitraum umfasste. Dies schließt die Möglichkeit nicht aus, dass 2021 die Werte womöglich auf einem noch niedrigeren Tiefpunkt lagen als 2022 und dass sich hinter den Zahlen von 2022 bereits ein erneuter Anstieg verbirgt. Doch dazu liegen keine Daten vor.

Tabelle 2: Indikatoren zur Messung rechtsextremer Einstellungen in der Studie des *Institut für Demoskopie* im Zeitverlauf (Zustimmung in %)

	2019	2022	2023
Wir brauchen einen starken Politiker an der Spitze, keine endlosen Debatten und Kompromisse	46	46	47
Die Deutschen haben in der Geschichte mehr geleistet als viele andere Völker	24	20	21
Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben	7	4	4
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland	40	33	44
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land	36	28	33
Juden haben zu viel Macht auf dieser Welt	9	5	6
Gewalt gegen Menschen lehne ich ab, aber Gewalt gegen Sachen kann man manchmal rechtfertigen	15	14	12
Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen	6	6	4
Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie. Tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen	36	31	29

Frageformulierung: „Hier auf den Karten stehen verschiedene Aussagen. Was davon würden auch Sie sagen? Bitte legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus“ (Vorlagen wie oben aufgelistet)

Quelle: Institut für Demoskopie, Studien Nr. 12000, 12049, 12074. Die Zahlen wurden dem Verfasser freundlicherweise vom Institut für Demoskopie zur Verfügung gestellt. Nähere Aufgliederungen der Umfrage von 2022 finden sich in Institut für Demoskopie (2022).

Feldzeiten: Februar-März 2019; Februar 2022; August 2023

Betrachtet man die Entwicklung der Zustimmung in der Zeit vor der Pandemie mit der Zeit während der Pandemie – die Jahre 2019 und 2022 –, so wird deutlich, dass der Rückgang mit einem Minus von 7 bzw. 8 Prozentpunkten am stärksten auf die beiden Statements zum Ethnozentrismus entfällt: „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ sowie „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland

²⁰ Die Zahlen wurden freundlicherweise vom Institut für Demoskopie zur Verfügung gestellt. Nähere Ergebnisse zur Erhebung von 2022 – sie schließt Corona-bezogene Fragen zu Verschwörungstheorien mit ein – finden sich in Institut für Demoskopie (2022).

ein islamisches Land“. Und betrachtet man den anschließenden Anstieg zwischen 2022 und 2023, so wird deutlich, dass er sich hier ebenso wie in der Mitte-Studie auf den Bereich konzentriert, wo zuvor der stärkste Rückgang in der Zustimmung zu verzeichnen war. So steigt die Zustimmung am stärksten bei der Aussage „Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“ (plus 11 Prozentpunkte), gefolgt von der Aussage „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“ (plus 5 Prozentpunkte).

Vergleicht man die Jahre vor der Pandemie mit den Jahren nach der Pandemie – die Jahre 2019 und 2023 –, so lassen sich auf der Ebene der einzelnen Indikatoren in der Regel nur noch minimale Veränderungen ermitteln. Sie zeichnen sich – im Gegensatz zur Mitte-Studie – eher durch einen Rückgang als durch einen Zuwachs aus. Dies gilt selbst dort, wo die Frageformulierungen nahezu identisch mit denen der Mitte-Studie sind: „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“ (Mitte-Studie) bzw. „Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben“ (Institut für Demoskopie). Während in der Mitte-Studie die Zustimmung zwischen 2019 und 2023 um einen Prozentpunkt steigt (bei Aufteilung des halben „teils/teils“-Prozentanteils auf die Kategorie für Zustimmung um drei Prozentpunkte), sinkt sie um drei Prozentpunkte in den Umfragen des Instituts für Demoskopie. Desgleichen im Fall des Indikators für Antisemitismus: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ (Mitte-Studie) bzw. „Juden haben zu viel Macht auf dieser Welt“ (Institut für Demoskopie). Während in der Mitte-Studie der Anteil zwischen 2019 und 2023 um fünf Punkte steigt (bei Aufteilung des „teils/teils“-Wertes um sechs Prozentpunkte), sinkt er in den Umfragen des Instituts für Demoskopie um drei Prozentpunkte. Gewiss sind all dies minimale Veränderungen – aber man muss die jeweiligen Zahlen auch sehen vor dem Hintergrund, dass die Zustimmungsraten zu den jeweiligen Aussagen ohnehin ziemlich gering sind und sich z.T. im einstelligen Bereich bewegen.

Die einzige Ausnahme, bei der beim Institut für Demoskopie ein Zuwachs der Zustimmung und kein Rückgang oder stabile Verhältnisse zu verzeichnen ist, betrifft die ethnozentrischen Einstellungen. Dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe, äußern 2023 44 %, während es 2022 33 % und 2019 40 % waren. Dass die Zahlen im Jahr 2022 um 11 Prozentpunkte niedriger lagen als 2023 und 7 Prozentpunkte niedriger als 2019, lässt vermuten, dass periodenspezifische Effekte zeitweise in besonders starkem Maße auf die Einstellungen Einfluss nahmen.

Dass der Glaube an die Demokratie bedenklich schrumpfe, wie es in Reaktion auf die Mitte-Studie in der medialen Öffentlichkeit vielfach behauptet wurde, lässt sich den Umfragen des Instituts für Demoskopie nicht entnehmen. Im Gegenteil: Dass man heutzutage in einer „scheinbaren“ Demokratie leben würde, meinten im Zeitverlauf immer weniger Bundesbürger. Es ergibt sich in diesem Fall im

zeitlichen Verlauf sogar ein geradezu kontinuierlicher Trend, der einen Rückgang um 7 Prozentpunkte beinhaltet. Dass es keine Hinweise auf demokratische Erosionsprozesse gibt, belegt des Weiteren die Zustimmung zur Aussage, dass die parlamentarische Demokratie die beste Staatsform ist (eine Frage, die getrennt von den Fragen der Rechtsextremismusskala gestellt wurde) – die Werte aus der jüngsten Erhebung liegen nur 3 Prozentpunkte unter denen von 2019. Dass die Zahl derer rückläufig ist, die meinen, dass Deutschland gut regiert wird, schließt dies nicht aus.²¹ Gemessen an der Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, sind – wie es andere Erhebungen belegen – heutzutage weniger Menschen „sehr zufrieden“ als dies noch im Frühjahr 2019 der Fall war.²² Die Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (letzteres verstanden als Zufriedenheit mit dem Regierungshandeln) sind nun mal nicht ein- und dasselbe. Gegenläufige Trends sind kein Widerspruch.

5. Die infratest-dimap Studie: Ausweitung des Vergleichs auf den Zeitraum 2016-2023

Die Ergebnisse des Instituts für Demoskopie, die keinen Anstieg des Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene der Bevölkerung in jüngerer Zeit ausweisen, stellen keinen Sonderfall dar. Es gibt noch eine weitere Studie, die Informationen dazu liefert. Es handelt sich um eine telefonische Erhebung von infratest-dimap für den WDR vom September 2023 (infratest-dimap 2023a). Sie erlaubt einen

²¹ Dass die „parlamentarische Demokratie die beste Staatsform“ ist, meinten in den Umfragen des Instituts für Demoskopie 2019 55 %, 2022 60 %, 2023 52 %. Die Werte sind im Zeitraum 2019-2023 damit ziemlich stabil – im Gegensatz zur Zufriedenheit mit der Regierungspraxis: Dass Deutschland „gut regiert wird“, meinten 2019 51 %, 2022 58 % und 2023 nur 40 %. Dabei entfällt die größere Unzufriedenheit und ebenso der größere Rückgang an Zufriedenheit – wie Brettschneider (2023) in seinem Vergleich der Jahre 2022-2023 ermittelt – auf den Bund und nicht auf das eigene Bundesland oder die eigene Gemeinde. Eine sinkende Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“ lässt sich ebenfalls für die jüngste Zeit, im Zeitraum zwischen Dezember 2022 und Juni 2023, konstatieren (Pokorny 2023: 4). Dass in der Umfrage des Instituts für Demoskopie etwas weniger als die Hälfte der Befragten dem Satz zustimmt, dass die parlamentarische Demokratie die beste Staatsform ist, muss im Übrigen nicht bedeuten, dass sie als solche abgelehnt wird. Sie wird, wie andere Studien zeigen, vielmehr mehrheitlich bejaht – z.T. kombiniert mit einer gewissen Präferenz für „dialogische Bürgerbeteiligung“: einer vorherigen Konsultation der Bürger durch deren Repräsentanten in Parlamenten und dem Gemeinderat (Brettschneider 2021). Zu den Demokratievorstellungen der Bevölkerung in jüngerer Zeit und der Zufriedenheit mit deren Umsetzung siehe auch Körber Stiftung (2023), zur Demokratieakzeptanz auch die Schlussbemerkungen dieses Beitrags.

²² Während 2019 18 % der Befragten „sehr zufrieden“ waren, sind es Umfragen der Europäischen Kommission zufolge im Frühjahr 2023 nur noch 8 %. Beim Anteil derer, die „ziemlich zufrieden“ sind – es handelt sich um die Mehrheit (um die 56 %) – hat sich hingegen kein rückläufiger Trend ergeben (vgl. Statista 2023). Dies spricht für eine graduelle und nicht für eine grundlegende Veränderung in dieser Zeit.

Vergleich mit einer ähnlichen, vom selben Institut durchgeführten Erhebung aus dem Jahr 2016. Erfasst sind die sechs Dimensionen des Rechtsextremismus, wie sie in der Mitte-Studie enthalten sind, mit je einem Indikator pro Dimension (mit identischen Formulierungen wie in der Mitte-Studie, allerdings ohne „teils/teils“ als Mittelkategorie). Die Antwortkategorien sind nach Intensität der Zustimmung abgestuft. 8 % der Befragten wurden auf der Basis der hier verwendeten Rechtsextremismusskala²³ als „rechtsextrem“ klassifiziert, weitere 14 % als „ausgeprägt rechts“. Im Vergleich zu 2016 erwies sich der Anteil der Rechtsextremen als stabil: 2016 lag er bei 9 % und der Anteil von Personen mit „ausgeprägt rechter Orientierung“ bei 13 %.

Tabelle 3: Indikatoren zur Messung rechtsextremer Einstellungen in der *infratest-dimap*-Studie im Zeitverlauf (Zustimmung in %)

	2016	2023
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	16	16
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran	25	24
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	15	12
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken	19	25
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	14	11
Es gibt wertvolles und unwertes Leben	23	20

Frageformulierung: „Im Folgenden geht es um Dinge, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Geben Sie bitte zu den folgenden Meinungen an, ob sie völlig zustimmen, eher zustimmen, eher ablehnen oder völlig ablehnen“ (Hier „Stimme völlig“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst).

Quelle: infratest-dimap (2023a)

Feldzeiten: August 2016, September 2023

Betrachtet man die Indikatoren im Einzelnen und vergleicht den Anteil zustimmender Antworten im zeitlichen Verlauf – dazu siehe *Tabelle 3* –, so zeigt sich: die Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Antisemitismus („Auch heute ist der Einfluss der Juden zu groß“) sind leicht rückläufig, ebenso der Sozialdarwinismus („Es gibt wertvolles und unwertes Leben“). Die Befürwortung eines Führers, der „in Deutschland zum Wohl aller mit starker Hand regiert“, ist konstant;

²³ Erhoben wurde die Zustimmung zu insgesamt 6 Statements (siehe Tabelle 3 im vorliegenden Beitrag). Diese gingen in die Skala gleichgewichtet ein. Die einzelnen Antworten wurden wie folgt gezählt: „lehne völlig ab“ = 0, „lehne eher ab“ = 1, „stimme eher zu“ = 2, „stimme völlig zu“ = 3. Damit ergibt sich eine Skalenbreite von 0 (bei allen Aussagen mit „lehne völlig ab“ geantwortet) bis 18 (bei allen 6 Aussagen mit „stimme völlig zu“ geantwortet). Der Skalenmittelwert dieser Skala (0-18) liegt bei 9. Wer einen höheren Wert erreichte (also 10), wurde als Person mit rechtsextremen Einstellungen eingestuft. Um als solche klassifiziert zu werden, war es also nötig, z.B. mindestens 5-mal mindestens mit „stimme eher zu“ = 2 geantwortet zu haben (persönl. Mitteilung von infratest-dimap).

desgleichen, dass die deutschen Leistungen denen anderer Völker überlegen seien. An Zustimmung gewonnen hat lediglich die ethnozentrisch geprägte Aussage „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken“: Während dieser Aussage 2016 19 % „völlig“ oder „eher“ zustimmten, sind es 2023 25 %.²⁴

Damit wird reproduziert, was sich bereits in der Mitte-Studie und in der Studie des Instituts für Demoskopie gezeigt hatte: dass sich primär in Bezug auf Ausländer²⁵ bzw. Flüchtlinge eine stärkere Abgrenzung vollzogen hat. Damit korrespondieren, wie andere Studien belegen, eine pessimistische Beurteilung der aktuellen Flüchtlingspolitik und eine kritische Bewertung von Zuwanderung. Dass die Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen gelingt, verneinten im September 2023 73 % der Bundesbürger. Ähnlich negativ fiel die Beurteilung der Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt aus. Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber wurde gar von 80 % als unzureichend wahrgenommen. Und die Zahl derer, die in der Zuwanderung eher einen Nachteil als einen Vorteil erblicken, war größer als jemals zuvor – größer selbst als es 2015/16 der Fall war (vgl. infratest-dimap 2023b).

6. Das Paradoxon der Corona-Krise

Warum gingen die Werte für rechtspopulistische/rechtsextreme Einstellungen in der Zeit der Corona-Krise zurück? Die Corona-Krise trat mit einem rapiden Anstieg der Infektionszahlen erstmals im März 2020 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und avancierte schnell zum Hauptthema der Medien (Maurer et al. 2021). Die Sorge, dass man selbst oder jemand anderes aus der Familie oder dem Bekanntenkreis ein Opfer von Corona werden könnte, prägte einen Großteil der Bundesbürger und bestimmte für längere Zeit ihr Erleben.²⁶ Distanzgebote, Maskenpflicht und mehrere Lockdowns des öffentlichen Lebens – einige über mehrere

²⁴ Anders als in der Mitte-Studie handelt es sich bei infratest-dimap um eine 4er- und nicht um eine 5er-Skala, mit „teils/teils“ als Mittelposition. Teilt man den Anteil für „teils-teils“ der Mitte-Studie zur Hälfte jeweils auf Zustimmung und Ablehnung auf, erhält man für die Zustimmung einen Anteil von 26,8 % – einen Wert, der nicht allzu verschieden ist von dem Wert in der infratest-dimap-Studie von 2023 (= 25 %).

²⁵ Dem Verständnis der Befragten zufolge dürfte es sich bei dem Begriff Ausländer in erster Linie um Personen aus dem nichtwestlichen Ausland handeln, also nicht etwa um Engländer oder Spanier etc., sondern Türken, Syrer, Russen etc. (vgl. Wasmer und Hochmann 2019: 19).

²⁶ Mitte April 2020 z.B. schätzen rund 30 % der befragten Bundesbürger auf einer numerischen 7er-Skala die Wahrscheinlichkeit, sich mit Corona zu infizieren, als extrem oder eher wahrscheinlich ein, weitere 31 % als „teils/teils“ (COSMO 2020). Und im Dezember 2020 äußerten nahezu 60 % eine sehr große oder große Sorge, dass sie oder jemand aus der Familie sich mit dem Corona-Virus anstecken könnte (infratest-dimap 2020). Die Entwicklung der Sorgen und der Wahrnehmung der Infektionsgefahren ist für den Verlauf der Corona-Krise in den Umfrageserien von COSMO auf wöchentlicher Basis dokumentiert, in etwas größeren Abständen in den Umfragen des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR 2023).

Monate in Kraft – schränkten die bisherige Lebensführung ein. Die Maskenpflicht im öffentlichen Raum wurde erst im April 2022 endgültig aufgehoben, die letzten verbliebenen Maßnahmen im März 2023. Im Mai 2023 schließlich erklärte die WHO den internationalen Gesundheitsnotstand für beendet.

Entsprechend der rapiden Ausbreitung des Virus in Deutschland und den dramatischen Bildern aus dem Ausland, wie Norditalien und New York, hätte man in der Expansionsphase der Pandemie – dem Kontrollverlust-Argument folgend – bei Existenz eines Generalisierungseffekts von Unsicherheit am ehesten eine Verschiebung in Richtung autoritär geprägter, rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen erwarten können sowie eine wachsende Distanzierung von der etablierten Politik. Das aber war, wie die verfügbaren Befunde aus anderen Studien einhellig zeigen, nicht der Fall. Statt das Vertrauen in die Politik und die Institutionen zu beeinträchtigen, stieg dieses vielmehr nach Ausbruch der Corona-Krise an. Ende des Jahres 2020 war es gar größer als in den Jahren zuvor.

Mit Eintreten der Corona-Pandemie nahm die Zufriedenheit mit der Politik der Regierung und der Glaube an deren Handlungskompetenz massiv zu. Man sah sie besser als zuvor in der Lage, mit den aktuellen Herausforderungen und Problemen umzugehen. Das Vertrauen in sie stieg an (Delhey et al. 2021: 14, Vehrkamp und Merkel 2020, Decker et al. 2023: 202). Die Frage, ob die Regierung stark genug sei, bejahten vor der Corona-Pandemie im November 2019 nur 19 % der Befragten. Im April 2020 – nach Ausbruch der Pandemie und massiv gestiegener Sorge, dass man selbst oder jemand in der Familie ein Opfer des Virus werden könne (infratest-dimap 2020) – war die Zahl um mehr als das Doppelte auf 49 % gestiegen. Und parallel dazu war der Anteil derer gesunken, die meinten, die Regierung sei zu schwach: von 58 % auf 26 %. Die Verhältnisse hatten sich damit in recht kurzer Zeit komplett umgekehrt. Der Anteil der Unentschiedenen blieb nahezu gleich (Vehrkamp und Bischof 2020: 4).

Doch nicht nur die Zufriedenheit mit der Regierung nahm zu, eine ähnliche Entwicklung durchlief die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Bol et al. 2020, Kühne et al. 2020: 10, Holtmann et al. 2020, Best et al. 2023:17), das Institutionenvertrauen (Schenke et al. 2021: 22, Eitze et al. 2021), das Vertrauen in die Medien (Jakobs et al. 2021: 153). Auch reduzierte sich nicht etwa das generalisierte Vertrauen in andere Menschen²⁷ – trotz der Gefahren, die von ihnen durch Übermittlung des Virus ausgehen konnten. Vielmehr stieg das generalisierte Vertrauen an (Kühne et al. 2020: 12, Unzicker 2021: 177). Es kam zu einem Phänomen, wie es in der Vergangenheit im Zusammenhang mit äußeren Bedrohungen vielfach beschrieben wurde und als „Rally around the flag“ bezeichnet wird (vgl. für Schweden Kritzinger et al. 2021, Johansson et al. 2021).

²⁷ „Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann. Wie ist Ihre Meinung dazu?“

In ähnlicher Weise, nur mit anderen Worten, hatte einst schon Emile Durkheim – einer der bedeutendsten Klassiker der Soziologie – das Phänomen kollektiver Solidarisierung beschrieben, als er bei seiner Diskussion der Folgen bei Eintreten schwerer Bedrohungen – wie Krieg – schrieb, dass diese Ereignisse „Kollektivempfindungen wecken, [...] den politischen Glauben wie den nationalen beleben, und, indem alle Kräfte auf ein einziges Ziel konzentriert werden [...], wenigstens für eine Zeitlang eine größere Integration des Ganzen zuwege bringen.“ Im Übrigen sei es deutlich, „dass diese gegenseitige Verbundenheit nicht nur momentan ist, sondern gelegentlich länger dauert als das, was sie unmittelbar hervorgerufen hat, besonders, wenn sie stark ist“ (Durkheim 1973/1897: 231).

Wie Erhebungen vom Frühjahr 2020 dokumentieren, nahm mit dem Beginn der Corona-Krise und der Verhängung des ersten Lockdowns bemerkenswerterweise nicht mal die Lebenszufriedenheit ab. Sie blieb im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit stabil (Entringer et al. 2020:17, Unzicker 2022: 6). Sie sank zwar im Januar/Februar 2021 etwas, als ein weiterer Lockdown einsetzte, aber dieser Rückgang hielt sich in Grenzen. Es handele sich um eine „kleine“ Veränderung (Liebig und Kühne 2021), die im Vergleich zu früheren Krisen als „nicht dramatisch“ einzustufen sei (Entringer und Kröger 2021: 16). Dies gilt auch für die Depressions- und Angstwerte in der Bevölkerung: Beim ersten Lockdown lagen sie leicht über den Depressions- und Angstwerten von 2016, beim zweiten Lockdown lagen sie auf gleichem Niveau wie 2016 (Entringer und Kröger 2021: 14).²⁸

Dass es zwischenzeitlich Phasen gab, in denen die Lebenszufriedenheit durch äußere Ereignisse bedingt in erheblichem Maße sank, muss durch die Befunde längerfristig stabiler Werte nicht ausgeschlossen sein. So lässt sich zeigen, dass die Lebenszufriedenheit durch die Entwicklung der Corona-Inzidenzen und die ergriffenen Maßnahmen beeinflusst wurde und dementsprechend Schwankungen unterlag (Easterlin und O'Connor 2023). Was zugleich bedeutet, dass sich je nach Zeitpunkt einer Erhebung das Ausmaß der Zufriedenheit unterscheiden kann und manche Differenzen zwischen Erhebungen in Bezug auf Entwicklungsverläufe darin eine mögliche Ursache haben könnten.²⁹

²⁸ In der Folgezeit könnte die Lebenszufriedenheit nochmals etwas gesunken sein – gesichert ist dies aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethodologie jedoch nicht. Zwischen Dezember 2020 und Februar 2022 ist die Lebenszufriedenheit Kai Unzicker zufolge gesunken (Unzicker 2023: 5). Da sich der Erhebungsmodus unterscheidet – 2020 Telefonbefragung, 2022 Online-Befragung – und Online-Befragungen aufgrund des höheren Anonymitätscharakters dazu tendieren dürften, eine geringere Lebenszufriedenheit zu erbringen (Keeter 2015), ist nicht ausgeschlossen, dass der Rückgang zwischen 2020 und 2022 geringer ist, als es die Zahlen in der Publikation nahelegen. Nach Raffelhüschen und Renz (2022: 21), die sich im Wesentlichen auf Online-Befragungen stützen, ist zwischen 2020 und 2022 die Lebenszufriedenheit wieder gestiegen.

²⁹ Nach den Befunden der Untersuchung zum „Glücksatlas“ sank – im Gegensatz zu den oben berichteten Befunden des SOEP – die Lebenszufriedenheit nach Beginn der Corona-Phase: von einem arithmetischen Mittel (auf einer Skala von 0 bis 10) von 7,14 im Jahr 2019 auf 6,74 im Jahr 2020

Welche Ursachen für die Stabilität der Lebenszufriedenheit nach Beginn der Corona-Phase verantwortlich waren – die gestiegene soziale Verbundenheit, die (vermeintliche) Aussicht auf ein baldiges Ende der Krise oder andere Gründe³⁰ –, ist ungeklärt. Auch ist zu bedenken, dass die Lebenszufriedenheit seit längerem einen Aufschwung durchlief. Vor diesem Hintergrund könnte es daher durchaus sein, dass die Stabilität der Lebenszufriedenheit der Bevölkerung bereits als Ausdruck eines Corona-Effekts zu verstehen ist, weil der Aufwärtstrend unterbrochen wurde. Im Vergleich zu der Zeit vor Corona erwiesen sich die Bundesbürger jedenfalls zu dieser Zeit sogar als optimistischer. Das Statement „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“, bejahten kurz nach Eintreten der Krise mehr als 80 %; daran änderte sich auch nichts in den unmittelbaren Folgemonaten.³¹ Mehr als 80 % äußerten zudem ein Vertrauen darauf dass „Deutschland zukünftige Herausforderungen bewältigt“ (Neu 2020a,b).

Dass sich im weiteren Verlauf der Corona-Krise das Lebensgefühl änderte – mit länger anhaltender Isolation von anderen Menschen (vgl. COSMO 2022) und anderen dem Alltag auferlegten Restriktionen – und dass einige soziale Gruppen davon stärker betroffen wurden als andere, ist damit nicht ausgeschlossen. Erhebungen, die sich eines differenzierten Instrumentariums zur Erfassung psychischen Erlebens bedienen und den Zeitraum April/Mai 2020 bis Frühjahr 2021 abdecken (allerdings z.T. auf der Basis eines Convenience-Samples) legen in dieser Zeit eine gewisse Verschlechterung des psychischen Erlebens und der Lebenszufriedenheit nahe, in manchen sozialen Gruppen stärker als in anderen (vgl. u.a. Adrians et al. 2020, Liebig et al. 2020, Köcher 2022, Benke et al. 2023, Delhey et al. 2023). Alles in allem aber scheint bei allen Schwankungen, die existiert haben mögen, die Lebenszufriedenheit bis Ende der Corona-Pandemie-Phase marginale Einbußen durchlaufen zu haben. Und dies nicht nur in Bezug auf die Lebenszufriedenheit in ihrer kognitiven, sondern ebenfalls in ihrer emotionalen Dimension: fest-

(Raffelhüschen und Renz 2022: 27). Dieser Rückgang mag sowohl Folge des Erhebungszeitpunkts sein als auch Folge des Tatbestands, dass 2020 ein Wechsel zu Telefon- sowie Online-Befragungen stattfand. Zudem bedeutet der Wandel einen Rückgang lediglich um 5,6 % – was die Autoren in einer Pressemitteilung der Deutschen Post (dem damaligen Sponsor der Untersuchung) 2020 als einen „moderaten“ Wandel bezeichneten. In der Presseveröffentlichung von 2022 wird der Rückgang stattdessen mit einem „Absturz“ gleichgesetzt. Der Rückgang relativiert sich zudem, wenn man zum einen bedenkt, dass 2019 ein Spitzenwert der Lebenszufriedenheit erreicht wurde (2018 lag der Wert bei 7,04) und zum anderen, wenn man die Schwankungsbreiten innerhalb eines Jahres (vgl. Raffelhüschen und Renz 2022: 23) mit den Schwankungsbreiten zwischen den Jahren in Beziehung setzt. Die Schwankungsbreiten innerhalb eines Jahres nähern sich danach partiell dem Wertespektrum jährlicher Unterschiede an (was wiederum ein Hinweis auf die potentielle Bedeutsamkeit der Feldzeiten von Erhebungen ist).

³⁰ Nachdem der erste Lockdown im Frühjahr beendet war, hielten sich die Inzidenzzahlen zunächst auf niedrigem Niveau. Dies mag bei manchen Befragten der Zufriedenheit neuen Auftrieb gegeben haben.

³¹ Die Erhebungen wurden am 30. März 2020 begonnen und bis Juli 2020 fortgeführt.

gemacht am Erleben von Glück. Das belegen Umfragen, die sich des gleichen Erhebungsinstruments über den gesamten Zeitraum – in der Regel telefonisch oder Online – sowie identischer oder ähnlicher Instrumente zur Messung der Lebenszufriedenheit bedienen.³² Offenbar vermochte die Mehrheit der Bevölkerung trotz der Einschränkungen in den Lebensbedingungen und trotz zeitweise weit verbreiteter Gefühle von Einsamkeit (Köcher 2022) dem Alltag immer noch positive Seiten abzugewinnen.

Versucht man im Blick auf unsere Fragestellung eine Bilanz empirischer Befunde zu ziehen, so scheint es aufgrund des Erlebens und der Reaktionen der Bevölkerung in der Zeit der Corona-Krise keinen unmittelbaren Anlass zur Entwicklung einer Protestmotivation gegeben zu haben, die sich gegen die etablierte Politik richtete. Selbst wenn die Maßnahmen, die im Gefolge der Coronakrise eingeführt wurden – wie Distanzgebot, Maskenpflicht, Schließung von Geschäften etc. – als Widrigkeiten erlebt wurden und nicht immer zu allen Zeiten die volle Zustimmung genossen (Blom 2020: 20): An der Tatsache, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen als Ganzes bejahte und sich eher für eine härtere als für eine schwächere Gangart aussprach, ändert dies nichts (vgl. auch COSMO 2022).

So gingen z.B. Ende November 2021 – einer Zeit steigender Inzidenzen und steigender Proteste – lediglich für 17 % der Bevölkerung die staatlichen Maßnahmen zu weit, 20 % hielten sie für angemessen und für 60 % gingen sie gar nicht weit genug (infratest-dimap 2021: 5). Dass sich zur Jahreswende 2021/22 zunächst vereinzelt und später verstärkt auf den Straßen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen einstellten – mit vorangetrieben durch die Ankündigung eines staatlich verordneten Impfbzwangs – spiegelt allenfalls die Mobilisierung eines kleinen Teils der Bevölkerung wider (Köcher 2022: Tab. A1, Reuband 2022: 56 ff.).

Die AfD profitierte während der Zeit der Corona-Krise nicht von dem Krisengeschehen. Im Gegenteil: Ähnlich wie in anderen Ländern nahm die Unterstützung rechtspopulistischer und rechter Parteien ab (Stern 2021: 7). Und in Landkreisen, wo die Corona-Inzidenzen besonders hoch ausfielen, war die AfD bei Wahlen nicht besonders stark, sondern überproportional schwach (Bayerlein und Mette 2022). Ob dieser Zusammenhang, wie die Autoren meinen, als Folge der widersprüchlichen Haltung der AfD gegenüber der Corona-Pandemie zu verstehen ist oder ob sich darin ein Rückgang der ideologischen Basis der Partei widerspiegelte – ein Rückgang rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung –, sei dahingestellt.

³² Stabile Verhältnisse in der Lebenszufriedenheit im Vergleich der Zeit vor und während der Pandemie zeigen für Deutschland auf der Basis von face-to face durchgeführten Eurobarometer-Umfragen Easterlin und O' Connor (2023), Gallup (2020, 2023) auf der Basis telefonischer Befragungen in den Jahren vor der Pandemie (die Jahre 2017-2019 zusammengefasst) mit denen aus der Zeit der Pandemie (2020-2022 zusammengefasst) sowie in Bezug auf das Erleben von glücklich-Sein auf der Basis von Online-Umfragen IPSOS (2023).

Das Jahr 2020 scheint den Höhepunkt der Zufriedenheit mit der Regierungspolitik gebildet zu haben. Vom Frühjahr 2021 an sank diese Zufriedenheit, die auch international „Spitzenwerte“ erreicht hatte (Vehrkamp und Bischof 2020: 1), allmählich wieder ab (COSMO 2022, Decker et al. 2023: Abb. auf S. 202).³³ Ebenso nahm – nach zuvor stattgefundenem Aufschwung – die Einschätzung ab, dass der Staat „in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme“ in der Lage sei, sie zu erfüllen: 2019 waren 34 % der Bundesbürger dieser Ansicht gewesen, im ersten Corona-Jahr 2020 war der Wert auf 56 % gestiegen. Im zweiten Corona-Jahr lag er mit 45 % wieder niedriger, aber immer noch höher als vor Beginn der Pandemie. Unterschritten wurde er erst in dem darauffolgenden Jahr: 2022 war er auf 29 % geschrumpft, 2023 auf 27 % (forsa 2023). Der Optimismus, der die Anfangszeit der Corona-Krise gekennzeichnet hatte („man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“) und der Mitte des Jahres 2020 noch bei über 80 % lag, war im Dezember 2022 auf 57 % gesunken und belief sich im Januar 2023 auf 53 % (Pokorny 2023: 12). Auch das generalisierte Vertrauen in andere Menschen nahm wieder etwas ab, nachdem es zu Beginn der Corona-Phase gestiegen war. Im Herbst 2020 lag es noch über den entsprechenden Werten der Vor-Corona-Zeit, im Februar 2022 hatte es sich ihnen (gemessen am Jahr 2017) wieder angenähert (Unzicker 2023: 8).³⁴

Wie sehr die z.T. massive Zunahme des Vertrauens in die Handlungskompetenz des Staates in der Corona-Krise zum Rückgang rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen beigetragen hat, in welcher Weise und wann dies erfolgte, ist eine offene Frage. Die Feldphase der Mitte-Studie in der Corona-Zeit fällt auf den Januar/Februar des Jahres 2021 und damit in die Zeit, in der das Vertrauen in die Regierungspolitik noch besonders groß war (erst etwas später setzte der Rückgang ein). Die Feldphase der Erhebung des Instituts für Demoskopie in der Corona-Zeit hingegen fällt auf ein späteres Datum, den Februar 2022. Zu dieser Zeit war das Vertrauen bereits gesunken. Dies könnte ein Hinweis darauf sein (ein entsprechender kausaler Zusammenhang unterstellt), dass das Verhältnis von Regierungsvertrauen und Einstellungen zu sozialen und politischen Fragen zeitlich gesehen kein 1:1 Verhältnis ist: sich der Wandel in dem Verhältnis zur Regierung nicht unmittelbar, sondern erst zeitverzögert auswirkt und dann auch nicht kurzfristig wieder in den ursprünglichen Zustand übergeht, sobald sich die Verhältnisse ändern.

³³ Eine (nur begrenzt repräsentative) Online-Untersuchung, die sich auf drei Erhebungswellen vom Mai 2020 bis Februar 2021 stützte, zeigte, dass das Vertrauen in die Politik während der ersten 10 Monate der Corona-Pandemie vergleichsweise hoch und stabil war (Jäckle und Wagschal 2023). Dies deckt sich im Wesentlichen mit den oben beschriebenen Befunden zum Regierungsvertrauen und spricht dafür, dass die Distanzierung erst nach längerer Zeit einsetzte, die Phase „Rally around the flag“ mehrere Monate anhalten kann.

³⁴ Möglicherweise wird der Wert für generalisiertes Vertrauen im Jahr 2022 etwas unterschätzt, da eine Online-Befragung durchgeführt wurde und Online-Befragungen häufig ein etwas pessimistischeres Bild ergeben als Telefonbefragungen (die 2017 und 2020 zum Einsatz kamen).

Womöglich kommen hier auch noch andere Faktoren mit ins Spiel, die sich einst unter dem „rally around the flag“ gruppierten, aber soziale Komponenten des sozialen Umfeldes miteinschließen. Schließlich könnten ebenso Ereignisse einen besonderen Einfluss ausgeübt haben – von der Entwicklung der Corona-Situation, die aufgrund hoher Impfraten an Bedrohung verlor³⁵ bis hin zum Entstehen neuer Bedrohungslagen, ausgelöst durch den Angriff Russlands auf die Ukraine.

Eine offene Frage ist, welche Dimensionen rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen von der Entwicklung besonders betroffen wurden. Blickt man auf die Stärke der Veränderungen in der Mitte-Studie zwischen 2019 und 2021, so fallen in erster Linie (mit 5-7 Prozentpunktdifferenzen) die Aussagen auf „Was unser Land braucht, ist ein härteres und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“, „Wir wollen wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ sowie „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (ein Statement, das primär mit der Zuwanderung von Migranten assoziiert sein dürfte) sowie „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“.

Vom ursprünglichen konzeptuellen Bezugsrahmen her gesehen handelt es sich um unterschiedliche Dimensionen: die nationalistische („chauvinistische“) und die ausländerfeindliche. Die Faktorenanalyse der Einstellungsdimensionen jedoch legt nahe – wie die Analyse des Thüringen-Monitors gezeigt hat³⁶ –, dass die Übergänge fließend sind, es sich empirisch um ein- und dieselbe Dimension handelt: um eine, welche den Ethnozentrismus als Generalnenner hat. Die Überbewertung der Eigengruppe und die Abgrenzung von anderen Gruppen erscheinen als zwei Seiten der gleichen Medaille. Es handele sich um „dieselbe Überbewertung der Eigengruppe, die der ablehnenden Haltung gegenüber einem weiten und temporal variierenden Spektrum exkludierter und abgewerteter Gruppen zu Grunde liegt“ (Best und Vogel 2022: 51).

³⁵ Im Verlauf des Jahres 2022 stieg der Anteil der Geimpften eigenen Angaben zufolge auf einen Wert von nahezu 90 % im November des Jahres. Zugleich nahm die Zahl derer zu, die eine Corona-Infektion erlitten hatten. Nach der COSMO-Studie gaben im November 2022 50 % der Befragten an, noch nie vom Corona-Virus infiziert worden zu sein, bei 42 % der Befragten sei dies einmal geschehen, bei 9 % mehrmals (COSMO 2022).

³⁶ Aufgeführt ist das Statement (wie oben) zum Durchsetzen nationaler Interessen (die Frage ‚Mut zum Nationalgefühl‘ ist nicht enthalten), ferner die Statements zur Überfremdung durch Ausländer (wie oben) sowie (wie oben) zum Zuzug von Ausländern wegen des Sozialstaats (das dritte Statement ist nicht enthalten, sondern durch ein anderes ersetzt). Von den Autoren der Leipziger „Autoritarismus“-Studien wird davon ausgegangen, dass es sich um getrennte Dimensionen handelt. Die nähere Betrachtung ihrer Daten zeigt freilich, dass die Inter-Skalen-Korrelation zwischen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit unter allen betrachteten Inter-Skalen-Korrelationen die höchste ist ($r = .72$) (Heller et al. 2020: 165). Angesichts dessen sind die Unterschiede zwischen den Autoren in der Bewertung dieser Dimension eher gradueller als grundsätzlicher Art.

Ob die Bedrohungslage, die sich mit Beginn der Corona-Phase durch Erwartungen an die Regierung und die Betonung von Solidaritätsnormen auszeichnete, die ethnozentrischen und nationalistischen Orientierungen dämpften (Best und Vogel 2022: 41) oder ob allein (oder in Kombination damit) die Entwicklung durch den Rückgang der Asylbewerberzahlen miterklärt werden kann, ist eine offene Frage. Von vermutlich größerer Bedeutung für die Entwicklung könnte gewesen sein, dass das gestiegene Regierungsvertrauen in der Corona-Phase jene Einstellungen beeinflusste, die mit einer kritischen Haltung gegenüber dem Regierungshandeln einhergehen. Die einst wahrgenommene Kluft zwischen Regierung und Volk – von Teilen der Bevölkerung vertreten – könnte im Gefolge der Pandemie reduziert worden sein. Und dies wiederum könnte in einem weiteren Schritt die Anfälligkeit für populistische und rechtspopulistische/rechtsextreme Einstellungen verringert haben.³⁷

In der Tat stieg zwischen 2019 und 2020 mit dem Eintreten in die Corona-Phase das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung stark an und parallel dazu sank das Ausmaß an Populismus in der Bevölkerung: Während in einer Studie der Bertelsmann Stiftung im November 2019 der Anteil der Populisten in der Bevölkerung auf 27 % beziffert wurde, waren es im Juni 2020 nur noch 21 % (Vehrkamp und Merkel 2020: 27).³⁸ Dieser Rückgang müsste auch Konsequenzen für die Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Orientierungen gehabt haben. Denn populistische Orientierungen nehmen auf sie maßgeblichen Einfluss. Manche Autoren sehen rechtspopulistische Tendenzen geradezu als ein inhärentes Merkmal des Populismus (Minkelberg 2018), andere sehen die Verbindung eher als das Produkt einer historisch spezifischen Konstellation. Auf jeden Fall gilt heutzutage in der Bundesrepublik, dass unter Populisten Personen mit rechten und rechtsextremen politischen Einstellungen überproportional vertreten sind (Vehrkamp und Merkel 2020: 31 ff., Brettschneider 2023).

Dass es in der Zeit der Corona-Krise zu keiner Erosion des Vertrauens in die Regierungspolitik kam und auch nicht zu einem autoritären „turn“ auf der Einstellungsebene, mag damit zu tun haben, dass dem Gefühl, durch Corona dem

³⁷ Zum Konzept populistischer Orientierungen siehe auch Reinecke et al. (2023). Als zentrale Dimensionen gelten „Anti-Elitismus“, „Selbstbestimmung“ und „Homogenitätsüberzeugungen“ (Reinecke et al. 2023: 5). Die ethnozentrische Dimension des Rechtsextremismus dürfte in gewissem Umfang Beziehungen zu den „Homogenitätsüberzeugungen“ in den populistischen Orientierungen aufweisen, so dass Veränderungen in der Verbreitung von Populismus die Einstellung zu Ausländern und Fremden mitbeeinflussen müsste.

³⁸ Der rückläufige Trend des Populismus setzte nach den verfügbaren Daten offenbar schon früher ein, wurde durch die Corona-Krise jedoch noch weiter verstärkt (Vehrkamp und Merkel 2020: 24, 27). Allerdings basieren die Umfragen seit 2019 auf Online-Umfragen statt auf Telefonumfragen wie in den Jahren zuvor, was bedeuten könnte, dass der konstatierte Rückgang in der Zeit vor Corona – von 2018 auf 2019 – z.T. einem Methodeneffekt unterliegt. Laut Vehrkamp und Merkel (2020: 82) zeigte ein Vergleich von telefonischen und Online-Umfragen 2019 allerdings nur geringe Effekte des Erhebungsverfahrens auf das Antwortverhalten.

Schicksal ausgeliefert zu sein, Grenzen gesetzt waren: Die Maßnahmen der Regierung und lokaler Behörden setzten auf Ausschaltung des Virus. Und es gab die Hoffnung, durch Impfstoffe Immunität zu erlangen. Die ersten Impfungen mit den mRNA-Impfstoffen in Deutschland fanden Ende Dezember 2020 statt. Und die Zahl der Personen, die von der Verfügbarkeit von Impfstoffen profitieren konnten, stieg in den Folgemonaten rasch an. Aus dieser Sicht war das Regierungshandeln effektiv, wenngleich man mit einzelnen Maßnahmen nicht immer übereingestimmt haben mag.

7. Fazit und Schlussbemerkungen

Gab es in der jüngsten Zeit einen „alarmierenden“ Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung? Die Mitte-Studie des Jahres 2023, der in den Medien ein derartiger Befund zugeschrieben wurde, weist im Vergleich zu den Erhebungen der Vorjahre einen Anstieg in der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung aus. Umfragen des Instituts für Demoskopie und von infratest-dimap aus etwa den gleichen Jahren erbringen demgegenüber keinen Anstieg. Darüber hinaus unterscheiden sie sich im Anteil derer, die in ihren Einstellungen als rechtsextrem klassifiziert wurden.

Als wie realistisch der Anteil von Personen mit rechtsextremem Weltbild in der Bevölkerung einzuschätzen ist, muss an dieser Stelle offenbleiben. Die Zahlen unterscheiden sich je nach Institut, in Abhängigkeit vom methodischen Vorgehen und dem verwendeten Indikatorensatz. Die Ergebnisse können sich erhebungsbedingt sogar selbst dort unterscheiden, wo die Befragungen nahezu zeitgleich stattfanden und die Statements identisch formuliert sind.³⁹ Die Unterschiede sind nicht zuletzt dem Tatbestand geschuldet, dass es kein definitives Maß gibt, mit dem man eine derartige Zuordnung vornehmen kann. Wie was in welcher Form klassifiziert wird, wo die Grenzen gezogen werden, ist eine Entscheidung des jeweiligen Forschers (Arzheimer 2019).

Was an dieser Stelle, in diesem Beitrag, allein interessierte, war indes die Frage, welche Entwicklungen sich in der jüngeren Zeit vollzogen haben: Gab es – wie es

³⁹ Eine Erhebung der Bertelsmann Stiftung, durchgeführt im Juni 2020 von YouGov auf der Basis eines Online-Access-Panels ergab – unter Verwendung der gleichen Indikatoren (!) wie in den Leipziger und Bielefelder Umfragen zum Rechtsextremismus – für Personen mit einem „geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ einen Anteil von knapp 8 % (Vehrkamp 2021: 3). Die im Mai/Juni des gleichen Jahres von der Leipziger Forschungsgruppe durchgeführte Erhebung ergab hingegen einen Anteil von 4,3 % (Decker et al. 2020: 51). Inwieweit die Verwendung eines Online-Access-Panels zum höheren Wert in der Bertelsmann-Studie beigetragen hat, muss offenbleiben. Online-Befragungen werden aufgrund ihrer Stichprobenkonstruktion bei Bevölkerungsumfragen als problematisch angesehen, ihre Eignung für derartige Zwecke wird von vielen Autoren bezweifelt (Wagner-Schelewsky und Hering 2022: 1055). Alles in allem ist daher wohl eher den Angaben der Leipziger Forschungsgruppe zur Prävalenz des Rechtsextremismus mehr Glaubwürdigkeit zuzuerkennen.

die Mitte-Studie vermittelt – einen geradezu dramatischen Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung in der jüngeren Zeit, oder gab es ihn nicht? Betrachtet man die Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen auf der Indikatorebene in den Jahren 2019-2023, so fällt auf, wie wenig sie sich durch eine lineare Entwicklung auszeichnen. Die Verläufe sind vielmehr geprägt durch Brüche: durch einen Rückgang in der Zeit von Corona und einen anschließenden Anstieg. Für die Analyse bietet sich damit an, die Zeit vor der Corona-Krise als Ausgangsbasis zu nehmen und nicht den Sonderfall der Corona-Krise. Und wenn man einen derartigen Vergleich anstellt, erweist sich der Anstieg in den hier diskutierten Studien als moderat bis nicht existent.

Dies gilt selbst für die Mitte-Studie, die in der medialen Öffentlichkeit eine so breite Resonanz hervorrief. Ihr zufolge gibt es zwar einen Anstieg in der Verbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen, aber dieser hält sich in Grenzen, erreicht nur in wenigen Fällen nennenswerte Zuwächse. Daran ändert sich eigenen Berechnungen zufolge auch dann nichts, wenn man die Intensität der Zustimmung ergänzend in die Betrachtung einbezieht.⁴⁰ In der Studie des Instituts für Demoskopie ist für eine Vielzahl der Indikatoren hingegen eher ein (leicht) rückläufiger Trend typisch. Dieser wird anteilmäßig in gewissem Umfang partiell durch einen Anstieg im Bereich ethnozentrischer Einstellungen kompensiert, so dass eher Stabilität das Gesamtbild bestimmt.

Vermutlich lassen sich die Unterschiede zwischen der Mitte-Studie und den anderen Studien bezüglich der Entwicklung am ehesten durch (zeitlich stark begrenzte) Periodeneffekte erklären. Die jüngste Umfrage des Instituts für Demoskopie – obwohl früher als die Mitte-Studie publiziert – fällt in eine spätere Zeit als die Mitte-Studie: Während die Erhebung der Mitte-Studie im Januar/Februar 2023 durchgeführt wurde, fand die Umfrage des Instituts für Demoskopie im August 2023 statt. Und ihre Befunde, denen zufolge es keinen Anstieg in der Ausbreitung des Rechtsextremismus gibt, bilden keinen Einzelfall. Die im September 2023 durchgeführte Umfrage von infratest-dimap für den WDR konsta-

⁴⁰ Ein Anstieg rechtsextremer Einstellungen wäre z.B. denkbar, wenn vermehrt eine starke statt schwache Zustimmung zu den jeweiligen Statements gegeben wurde. Das aber ist nicht der Fall, es verhält sich genau umgekehrt: Der Anteil starker Zustimmung am Prozentsatz zustimmender Antworten ist in der Mitte-Studie im Zeitverlauf gesunken: Er lag 2019 über alle 18 Indikatoren gerechnet im Durchschnitt bei 51 %, 2021 bei 45 % und 2023 bei 38 %. Von den 18 Indikatoren durchliefen 13 einen kontinuierlichen Rückgang im Anteil dezidiert Zustimmung. Nur bei einem gab es einen kontinuierlichen Anstieg („Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“). Bei vier Indikatoren war die Beziehung über die Zeit irregulär, der Wert der jüngsten Umfrage lag bei ihnen gleichwohl unter dem des Ausgangswertes von 2019 (eigene Berechnungen). Dass die abnehmende Intensität der Zustimmung im zeitlichen Verlauf durch den Einsatz einer größeren Zahl an Indikatoren im Vergleich zu den anderen Studien bei der Berechnung der Gesamtskala kompensiert wird, ist denkbar, aber hier nicht relevant: Entscheidend für den Zeitvergleich ist die Entwicklung auf der Ebene der einzelnen Indikatoren.

tiert ebenfalls keinen Anstieg rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Die entsprechenden Gesamtwerte sind im Vergleich zu 2016 stabil.

Die Feldphase der Mitte-Studie von 2023 fällt in eine Zeit, in der das Krisenbewusstsein noch in besonders starkem Maße das Denken der Menschen bestimmte und eine Zuspitzung der Krisenlage nicht ausgeschlossen war. So war im Januar/Februar 2023 nach wie vor ungeklärt, inwieweit sich die Inflationsrate weiter steigern wird, die Energiekrise die Versorgung mit Gas und Strom beeinträchtigt, die Heizkosten explodieren und der Krieg in der Ukraine auf das Leben in Deutschland massive Rückwirkungen haben wird. Die Möglichkeit, dass es innerhalb der nächsten Zeit zu Abschaltungen im Bereich der Energiezufuhr kommen könnte, war nicht ausgeschlossen. Zeitweise war zuvor davon die Rede gewesen, dass Abschaltungen im Stromnetz eine durchaus realistische Chance haben und dass man sich darauf einrichten und einen Notvorrat anlegen solle („bundesweiter Stromausfall immer wahrscheinlicher“, „Immer mehr Kommunen bereiten sich auf blackout vor“, „Die Stadt Frankfurt ruft ihre Bürger dazu auf, sich auf einen Stromausfall vorzubereiten. Sie sollen Vorräte für zehn Tage bilden“). Die eigene Zukunft war für viele Bürger angesichts dessen ziemlich ungewiss.⁴¹

Verunsicherungen dieser Art sind geeignet, autokratische und demokratiefeindliche Einstellungen zu fördern. Dies trifft besonders dann zu, wenn die Entscheidungsträger als wenig kompetent und die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie als gering eingestuft werden (Brettfeld 2023: 168, Brettfeld et al. 2023: 100). Und genau dies ist es, was die Entwicklung in der Nach-Corona-Phase zu bestimmen scheint: Das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, dringende Probleme zu lösen, ist gesunken und die Aussicht, dass die Probleme in unmittelbarer Zukunft an Bedeutung verlieren, ist nicht gegeben. Zu Zeiten der Corona-Krise war dies noch anders: Die Aussicht, mit bestimmten Maßnahmen die Pandemie unter Kontrolle zu bekommen, schien lange Zeit real, und in gewissem Maße wurde sie eingelöst.

So wenig man von einem deutlichen Anstieg rechtsextremer Orientierungen in jüngster Zeit sprechen kann, so wenig kann die Rede davon sein, dass sich ein Anstieg längerfristig in der Zeit vor der Corona-Phase angebahnt hat. Von zeit- und erhebungsspezifischen Schwankungen abgesehen, lässt sich zwischen 2002 und 2022 in den Umfragen der Leipziger Forschergruppe zum Autoritarismus,

⁴¹ Die Zitate sind den Überschriften der folgenden Medien entnommen: FAZ (2022), Berliner Zeitung (2022), Focus (2022). Im Dezember 2022 bekundeten 83 % der Bundesbürger, sie würden sich große Sorgen wegen der Preissteigerungen, der Inflation machen. Den Krieg in der Ukraine nannten 80 %, dass die Lage in Europa immer unberechenbarer wird 73 %, dass die Energieversorgung nicht gesichert werden kann 69 %. Und 51 % gaben als große Sorge an, „dass ich meine Heizkosten nicht mehr bezahlen kann“ (Petersen 2022: Abb. 1). Zum längerfristigen Trend des Sorgenniveaus siehe auch R+V Versicherung (2023); zum Einfluss genereller Verunsicherung auf rechtspopulistische Orientierungen vgl. Reuband (2023).

welche in diesem Fall die breiteste empirische Basis bietet⁴², kein Anstieg erkennen. Das Gegenteil ist der Fall, es gibt einen Rückgang. Das betrifft die Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ ebenso wie die des „Antisemitismus“, „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ und „Sozialdarwinismus“. Und es betrifft den Ethnozentrismus.⁴³ Der Anteil derer, die auf der Gesamtskala ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ aufweisen, ist den Studien zufolge längerfristig gesunken, liegt 2022 mit einem Anteil von 2,7 % niedriger als in den unmittelbaren Vorjahren (Decker et al. 2022: 47 ff.).

Desgleichen gibt es, wie andere Studien zeigen, keine längerfristige Erosion in der Wertschätzung der Demokratie als Staatsform. Die Zahl derer, welche der Ansicht sind, „Die Demokratie ist die beste Staatsform“, liegt in Westdeutschland seit 1991, als erstmals diese Frage gestellt wurde, um die 90 %. In Ostdeutschland lag sie zunächst niedriger, stieg dann aber an und belief sich 2019 (dem letzten Zeitpunkt in dieser Zeitreihe) auf rund 80 % (Stroppe und Mauk 2021: 387). Dass die Demokratie als Staatsform in Deutschland unverändert bejaht wird, das belegen ebenfalls die Ergebnisse der Leipziger Forschungsgruppe mit Daten aus dem Jahr 2022, was – so schreiben die Autoren – insofern überraschend erscheinen mag, als die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zunächst suggerierten, dass sich größere Teile der Gesellschaft von der Demokratie entfremdet hätten (Pickel et al. 2022: 203).

Das Bild breiter Demokratieakzeptanz wird des Weiteren von Umfragen aus neuerer Zeit bestätigt, in denen erkundet wurde, wie die Befragten die Demokratie als „Regierungsform“ einschätzen – unabhängig davon wie gut oder schlecht sie in Deutschland funktioniert. Daraufhin meinten im September 2023 85 %, es handele sich um eine gute Regierungsform. Gegenüber den Werten im Oktober 2022 hatte sich der Anteil lediglich um 3 Prozentpunkte verschlechtert (infratest-dimap 2023b: 14).⁴⁴ Von einem Einschnitt in jüngerer Zeit, der mit grundlegen-

⁴² In früheren Jahren wurde sie – wie die Bielefelder Studie – als „Mitte-Studie“ bezeichnet. Methodisch gesehen ist die Leipziger Umfrageserie von besonderem Wert, als sie sich auf einen schriftlichen Befragungsteil im Rahmen einer face-to-face Befragung stützt. Eine derartige Situation ist besonders geeignet, den Befragten ein Gefühl von Anonymität zu geben und sozial weniger erwünschte Antworten hervorzubringen. Die eingesetzten Indikatoren stimmen im Wesentlichen mit denen der Bielefelder Forschungsgruppe überein, ebenso die Konstruktion der Rechtsextremismusskala. 2002 wurden 9,6 % der Befragten als Personen mit einem geschlossenen, rechtsextremen Weltbild eingestuft. 2022 waren es nur noch 2,7 % (Decker et al. 2022: 53)

⁴³ Untergliedert man nach West-/Ostdeutschland, ergibt sich in Westdeutschland längerfristig ein Rückgang des Ethnozentrismus, Ostdeutschland zeichnet sich demgegenüber durch stärkere Schwankungen auch nach oben hin aus (vgl. Decker et al. 2022: 52).

⁴⁴ Welche Vorstellungen von der Demokratie als „Staatsform“ bzw. „Regierungsform“ auf Seiten der Befragten bestehen, wurde in den Erhebungen nicht näher erfragt. Dass in der Untersuchung von Best et al. (2023: 21 f.) auf die Frage, wer am besten über Gesetze entscheidet, auf die geschlossene Frage hin in nennenswertem Maße „fachliche Experten im jeweiligen Themenbereich“ genannt wurden, mag von der Corona-Krise und dem erhöhten Stellenwert medizinischer Experten

den Änderungen in den Einstellungen zur Demokratie einhergeht, ist mithin nichts zu erkennen.

Die Befunde der verschiedenen Erhebungen (Mitte-Studie, Institut für Demoskopie, infratest-dimap), sprechen auf der Indikatorebene in Bezug auf die jüngere Zeit, die hier im Fokus der Betrachtung steht, somit allenfalls für einen punktuellen, themenspezifischen Anstieg rechtspopulistischer/rechtsextremer Einstellungen zwischen 2019 und 2023 – vor allem im Zusammenhang mit dem Thema „Flüchtlinge/Migration“ – als für einen generellen Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung.⁴⁵ Von einer „alarmierenden Normalisierung von rechtsextremen Haltungen“ – wie sie von manchen Medien unter Verweis auf die jüngste Mitte-Studie beschrieben wurde – kann nicht die Rede sein. Ebenso wenig kann die Rede davon sein, dass sich die Deutschen von der Demokratie abgewandt haben und sie sich nach einem „Führer“ sehnen, für sie eine Diktatur „kein Tabu“ mehr ist. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der längerfristigen Entwicklung relativiert sich erheblich die Dramatik, welche die Zahlen der jüngsten Mitte-Studie vermitteln und wie sie sich in der Berichterstattung der Medien niedergeschlagen hat.

Literatur

- Adrians, J., S. Bohmann, S., M. Priem und D. Richter (2020): Soziale Folgen der COVID-19-Pandemie. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. DIW Econ. Berlin (URL: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/7-studie-diw-econ.pdf?__blob=publicationFile&v=3; zugegriffen 08.11.2023)
- Arzheimer, K. (2019): Politischer Extremismus, in: T. Faas, O.W. Gabriel und J. Meier, Hrsg. Politische Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden, S. 296-308

zu dieser Zeit nicht unbeeinflusst gewesen sein. Was in der Umfrage – im Gegensatz zur Umfrage von Brettschneider (2021) – unter den Antwortvorgaben fehlt, ist die Option einer Kombination von parlamentarischen Entscheidungen mit vorheriger Experten- oder Bevölkerungsbeteiligung. Daher wird die Zahl der Anhänger der parlamentarisch geprägten, repräsentativen Demokratie bei Best et al. (2023) etwas unterschätzt.

⁴⁵ Zum wachsenden Unbehagen im Zusammenhang mit Zuwanderung und Asylbewerberzustrom siehe Petersen (2023) und Köcher (2023). Dass die Zahl der amtlich erfassten Rechtsextremen gestiegen sein könnte, schließt der Befund einer stabilen Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung nicht aus. Die Zahl der Rechtsextremisten wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz (nach Abzug von Mehrfachnennungen) im Jahr 2018 mit 24.100, 2019 mit 32.080 und 2022 mit 38.800 Personen angegeben (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020: 53, Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022: 51).

- Bayerlein, M. und A. Metten (2022): The impact of COVID-19 on the support for the German AfD: jumping the populist ship or staying the course?, in: Politische Vierteljahresschrift, 63, S. 405-440
- Benke, C., L. Autenrieth, E. Asselmann und C. A. Pané-Farré (2023): One year after the Covid-19 outbreak in Germany long term changes in depression, anxiety, loneliness, distress and life satisfaction, in: European Archives of Psychiatry and Clinical Neuroscience, 273, S. 289-299
- Berliner Morgenpost (2023): Studie zeigt: Millionen Deutsche wollen eine Diktatur, 21.09.2023 (URL: <https://www.morgenpost.de/politik/article239626479/rechtsextremismus-deutschland-diktatur-studie.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Berliner Zeitung (2022): Vorbereitung auf den großen Blackout: So geht´s, 02.10.2022 (URL: <https://www.berliner-zeitung.de/news/vorbereitung-auf-den-grossen-blackout-so-gehts-li.262923>; zugegriffen 10.10.2023)
- Berliner Zeitung (2023): Der neue Wunsch nach einem Führer: Studie zeigt mehr Rechtsextremismus, 21.09.2023 (URL: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/der-neue-wunsch-nach-einem-fuehrer-studie-zeigt-mehr-rechtsextremismus-li.419034>; zugegriffen 10.10.2023)
- Best, H. und L. Vogel (2022): Was messen wir, wenn wir 'Rechtsextremismus' messen? Eine Validierung auf der Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS, in: A. Beelmann und D. Michelsen, Hrsg., Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden, S. 27-56
- Best, V., F. Decker, S. Fischer und A. Küppers (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn. (URL: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf>; zugegriffen 12.11.2023)
- BfR (2023), Bundesinstitut für Risikobewertung, Corona Monitor (URL: https://www.bfr.bund.de/de/a-z_index/covid_19_corona-244541.html; zugegriffen 10.10.2023)
- Bol, D., M. Giani, A. Blais und P. J. Loewen (2020): The effect of COVID-19 lockdowns on political support: some good news for Democracy?, in: European Journal of Political Research. 60, S. 497-505
- Blom, A. C. (2020): Zum gesellschaftlichen Umgang mit der Corona-Pandemie. Ergebnisse der Mannheimer Corona-Studie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 70, Nr. 35, S. 16-22 (URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2020-35-37_online.pdf; zugegriffen 12.11.2023)

- Brettfeld, K. (2023): Demokratiedistante Einstellungen und die Akzeptanz autokratischer Strukturen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und persönlicher Erfahrungen, in: *Bürger & Staat*, 73, Heft 3, S. 163- 172
- Brettfeld, K., R. Endtricht, D. Farren, J. Fischer, J. Kleinschnittger und P. Wetzels (2023): Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland seit 2022: Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH, in: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande und D. Rieger, Hrsg., *MOTRA Monitor 2023*. Wiesbaden, S. 68-109
- Brettschneider, F. (2021): Bürgerbeteiligung der Bürger*innen in Baden-Württemberg. Hohenheim (URL: https://www.uni-hohenheim.de/uploads/media/2021-03_Buergerbeteiligung2.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Brettschneider, F. (2023): Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, 2023. Hohenheim (URL: https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2020): *Verfassungsschutzbericht 2019*. Berlin
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2023): *Verfassungsschutzbericht 2022*. Berlin
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2023): *Aktuelle Zahlen. September 2023* (URL: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-september-2023.html?nn=284830>; zugegriffen 08.11.2023)
- COSMO (2020): *Covid-19 Snapshot Monitoring, Stand 18.04.2020* (URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/archiv/07-02/cosmo-analysis.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- COSMO (2022): *Covid-19 Snapshot Monitoring. Welle 70, 29./30.11.2022* (URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/70/>, zugegriffen 10.10.2023)
- Converse, Ph. (1964): *The nature of belief systems in mass publics*, in D. Apter, Hrsg, *Ideology and discontent*. New York, S. 206-261
- Decker, F., E. Jesse und R. Sturm (2023): *Politik in stürmischer Zeit. Deutschland in den 2020er Jahren*. Bonn
- Decker, O., J. Kiess, E. Eggers und E. Brähler (2016): *Die „Mitte“-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*, in: O. Decker, J. Kiess und E. Brähler; Hrsg., *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Gießen, S. 67-94

- Decker, O., J. Kiess, J. Schuler, B. Handke und E. Brähler (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: O. Decker und E. Brähler, Hrsg., *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen, S. 65-116
- Decker, O., J. Kiess, J. Schuler, B. Handke, G. Pickel und E. Brähler (2020): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: O. Decker und E. Brähler, Hrsg., *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*. Gießen 2020, S. 27-88
- Decker, O., J. Kies, A. Heller, E. Brähler, V. Clemens und J.M. Fegert (2022): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: O. Decker, J. Kiess, A. Heller und E. Brähler, Hrsg., *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen, S. 31-90 (URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Deutschlandfunk (2023): Immer mehr Rechtsextreme in Deutschland., 21.09.2023 (URL: <https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-mitte-studie-rechtsextrem-weltbild-100.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Delhey, J., L. Steckermeier, K. Boehnke, F. Deutsch, J. Eichhorn, U. Kühnen und C. Welzel (2021): A virus of distrust? Essential insecurity and trust during the Coronavirus pandemic. DSS Working paper 80. Magdeburg (URL: <https://www.soz.ovgu.de/dsswp.html>; zugegriffen 12.11.2023)
- Delhey, J., S. Hess, K. Boehnke, F. Deutsch, J. Eichhorn, U. Kühnen und C. Weltzel (2023): Life satisfaction during the Covid-19 pandemic: the role of human, economic, and psychological capital, in: *Journal of Happiness Studies*, 24, S. 2201-2222
- Dolan, P. und G. Kavestros (2016): Happy talk: mode of administration effects on subjective well being, in: *Journal of Happiness Studies*, 17 (3), S. 1273-1291
- Durkheim, E. (1973/1897): *Der Selbstmord*. Neuwied/Berlin
- Easterlin, R.A. und K.J. O'Connor (2023): Three years of COVID-19 and life satisfaction. A macro view, in: *PNAS*, 120, No.19 (URL: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2300717120>; zugegriffen 12.11.2023)
- Eitze, S., L. Felgendreff, L. Korn, P. Sprengholz, J. Allen, M.A. Jenny, L.H. Wieler, H. Thaiss, F. De Bock und C. Betsch (2021): Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen im ersten Halbjahr der Coronapandemie: Erkenntnisse aus dem Projekt COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO), in: *Bundesgesundheitsblatt*, 64, S. 268-276

- Entringer, T und H. Kröger (2020): Einsam, aber resilient – Die Menschen haben den Lockdown besser verkraftet als vermutet. DIW aktuell Nr. 46, 9. Juni 2020 (URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.791408.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0046/einsam_aber_resilient_---_die_menschen_haben_den_lockdown_besser_verkraftet_als_vermutet.html; zugegriffen 12.11.2023)
- Entringer, T., H. Kröger, J. Schupp, S. Kühne, S. Liebig, Jan Goebel, M.M., Grabka, D. Graeber, M. Kroh, C. Schröder, J. Seebauer und S. Zinn (2020): Psychische Krisen durch Covid-19? Sorgen sinken, Einsamkeit steigt, Lebenszufriedenheit bleibt stabil. SOEP Paper 1087 (URL: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/222647/1/1700330829.pdf>; zugegriffen 10.10.2023)
- Entringer, T. und H. Kröger (2021): Psychische Gesundheit im zweiten Covid-19 Lockdown in Deutschland. SOEP Papers 1136. (URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.819603.de/publikationen/soeppapers/2021_1136/psychische_gesundheit_im_zweiten_covid-19_lockdown_in_deutschland.html; zugegriffen 10.10.2023)
- Focus (2022): Immer mehr Kommunen bereiten sich auf möglichen blackout vor, 01.10.2022 (URL: https://www.focus.de/panorama/mit-notfallhallen-und-brennmaterial-bereiten-sich-kommunen-auf-moeglichen-blackout-vor_id_156997091.html; zugegriffen 10.10.2023)
- Forsa (2023): ddb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2023. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger. Berlin (URL: https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2023/forsa_2023.pdf; zugegriffen 10.10.2023).
- Forschungsgruppe Wahlen (2023): Politbarometer: Langzeitentwicklung Themen (URL: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1; zugegriffen 10.10.2023)
- FAZ (2022): Frankfurter Bürger sollen Vorräte bilden, 16.12.2022 (URL: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurt-raet-seinen-buerger-vorraete-fuer-zehn-tage-anlegen-18537911.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Frankfurter Rundschau (2023): Alarmierende Ergebnisse der Mitte-Studie – eine Diktatur ist kein Tabu mehr, 21.09.2023 (URL: <https://www.fr.de/politik/mitte-studie-rechtsextremismus-diktatur-afd-zuwachs-tabu-ergebnis-92532629.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2023): Mitte-Studie: Die neue Mitte (URL: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>; zugegriffen 10.10.2023)
- Gallup (2020): Global emotions (URL: <https://www.gallup.com/file/analytics/324209/gallup-global-emotions-2020-report-pdf.aspx>; zugegriffen 10.10.2023)

- Gallup (2023): Global emotions. (URL: <https://www.gallup.com/analytics/507719/gallup%202023%20global%20emotions%20report.aspx>; zugegriffen 10.10.2023)
- Green, M.C. und J.A. Krosnick (2001) Comparing telephone and face-to-face interviewing in term of data quality: the 1982 National Election Studies method comparison project, in: M. L. Cynamon und R. A. Kulka, Hrsg., Health Survey research methods. Hyattsville, MD, S.115-121
- Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Frankfurt
- Heller, A, E. Brähler und O. Decker (2020): Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Der Fragebogen zu rechtsextremer Einstellung – Leipziger Form (FR-LF), in: A. Heller, O. Decker und E. Brähler, Hrsg. Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung demokratischen Miteinanders in Deutschland. Gießen (URL: <https://home.uni-leipzig.de/decker/e1277.pdf>; zugegriffen 10.10.2023)
- Holbrook, A., L., M. C. Green und J.A. Krosnick (2003): Telephone versus face-to-face interviewing of national probability samples with long questionnaires, in: Public Opinion Quarterly, 67, S. 79-125
- Holtmann, E., T. Jaeck und K. Völkl (2021): Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt. 30 Jahre Deutsche Einheit. Halle (URL: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Infratest-dimap (2020): DeutschlandTrend, Dezember 2020 (URL: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2433.pdf>; zugegriffen 13.11.2023)
- Infratest-dimap (2021): DeutschlandTrend, Dezember 2021 (URL: https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT_2212_Report.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Infratest-dimap (2023a): Umfrage zur aktuellen politischen Stimmung in Deutschland September 2023. Eine repräsentative Studie im Auftrag der ARD (URL: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-extra-afd-100.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Infratest-dimap (2023b). ARD DeutschlandTREND. Oktober 2023 (URL: https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2310_Report.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Institut für Demoskopie (2022): Politischer Radikalismus und die Neigung zu Verschwörungstheorien. Allensbach (URL: <https://www.swr.de/unternehmen/kommunikation/pressemitteilungen/story-im-ersten-tankstellenmord-114.pdf>; zugegriffen 10.10.2023)

- Ipsos (2020): Global Happiness 2020 (URL: <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2020-10/global-happiness-2020-report.pdf>; zugegriffen 10.10.2023)
- Ipsos (2023): Global Happiness 2023 (URL: <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2023-03/Ipsos%20Global%20Happiness%202023%20Report-WEB.pdf>; zugegriffen 10.10.2023)
- Jacobs, T. Schultz, C. Viehmann, O. Quring, N. Jakob, M. Ziegele und C. Schemer (2021): Medienvertrauen in Krisenzeiten. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020, in: Media Perspektiven, Heft 3, S. 152-162
- Jacob, N., T. Schultz, I. Jakobs, O. Quring, C. Schemer, M. Ziegele und C. Viehmann (2023): Medienvertrauen in Deutschland. Bonn
- Jäckle, A., C. Roberts und P. Lynn (2006): Telephone versus face-to-face interviewing: mode effects on data quality and likely causes. Report on phase II of the ESS-Gallup mixed method methodology project. ISER Working paper 2006-41. Wivenhoe Park (URL: <https://www.iser.essex.ac.uk/wp-content/uploads/files/working-papers/iser/2006-41.pdf>; zugegriffen 13.11.2023)
- Jäckle, S. und U. Wagschal (2023): Politisches Vertrauen in Zeiten der Corona-Pandemie, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 71, Heft 1, S. 63-77
- Jesse, E. (2019): Wo ist die nebulöse Mitte?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.05.2019 (URL: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/kritik-der-extremismus-studie-verlorene-mitte-16209672.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Johansson, D. N. Hopman und A. Shehata (2021): When the rally-around the flag disappears, or when the COVID-19 pandemic becomes'normalized, in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties, 31, No. S1, S. 321-334
- Liebig, S., L. Buchinger, T. Entringer und S. Kühne (2020): Ost- und Westdeutschland in der Corona-Krise: Nachwendegeneration im Osten erweist sich als resilient. DIW Wochenbericht Nr. 38. Berlin (URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.799266.de/20-38-5.pdf; zugegriffen 13.11.2023)
- Kamann, M. (2023): Mit der Rechtsverschiebung kommt die Sozialwissenschaft nicht klar, in: Welt (Online) (URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus247893384/Rechtsextremismus-Mehr-Rechtsextreme-in-Deutschland-oder-doch-nicht-Die-Schwaechen-der-Forschung.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Keeter, S. (2015): Methods can matter: where web surveys produce different results than phone interviews. Pew Research Center. Washington (URL: <https://www.pewresearch.org/short-reads/2015/05/14/where-web-surveys-produce-different-results-than-phone-interviews/>; zugegriffen 10.10.2023)

- Knabe, H. (2023): Wenn Forscher selbst SPD-Wählern ein „manifest rechtsextremes“ Weltbild bescheinigen, in: Die Welt (Online) (URL: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247687674/Wenn-Forscher-selbst-SPD-Waehlern-ein-manifest-rechtsextremes-Weltbild-bescheinigen.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Köcher, R. (2022): Erhebliche Kollateralschäden der Pandemie. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 21 vom 26. Januar 2022 (URL: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Januar_2022_Soziale_Schaeden.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Köcher, R. (2023): Wachsendes Unbehagen. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. R. Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Nr. 70 vom 23. März 2023 (URL: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Ma_rz_2023_Migrationspolitik.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Körper Stiftung (2023): Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie. (URL: <https://koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/vertrauensverlust-in-die-demokratie/>; zugegriffen 10.10.2023)
- Kritzinger, S., M. Foucault, R. Lachat, J. Partheymüller, C. Pledscia und S. Brouard (2021); ‚Rally round the flag‘: the COVID-19 crisis and trust in the national government, in: West European Politics, 44, Nr. 5-6, S. 1205-1231
- Krosnick, J.A., C.M. Judd und B. Wittenbrink (2005): The measurement of attitudes, in: S. Albarracín, B. T. Johnson und M. P. Zanna, Hrsg., The handbook of attitudes. New York/London, S. 21-78
- Kühne, S., M. Kroh, S. Liebig, J. Rees, A. Zick, T. Entringer, J. Goebel, M.M. Grabka, D. Graeber, H. Kröger, C. Schröder, J. Schupp, J. Seebauer und S. Zinn (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise? SOEP Papers 1091. Berlin (URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.793201.de/diw_sp1091.pdf; zugegriffen 13.11.2023)
- Küpper, B., D. Krause und A. Zick (2019): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002-2018/19, in: A. Zick, B. Küpper und W. Berghan, Hrsg., Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, S. 117-146
- Küpper, B., A. Zick und M. Rump (2021): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21, in: A. Zick und B. Küpper, Hrsg., Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 75-111
- Maurer, T., M. Wagner und H.-J. Weiss (2021): Fernsehnachrichten in Zeichen der Corona-Krise. Ergebnisse des Nachrichtenmonitors 2020, in: Media Perspektiven, Nr. 3, S. 163-184

- Maurer, M., P. Jost, S. Kruschinski und J. Haßler (2023): Inkonsistent einseitig. Die Medienberichterstattung über Geflüchtete 2015-2020, in: *Publizistik*, 68, S. 13-35
- Minkelberg, M. (2018): Was ist Rechtspopulismus?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 59, S. 337-352
- Neu, V. (2020a): Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Folge 1. 17. April 2020 (URL: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Corona+Krisenbarometer+Folge+1.pdf/195c4209-9f0f-0fd8-01a8-0618c0cc813d?t=1587568547929>; zugegriffen 09.11.2023)
- Neu, V. (2020b): Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Folge 8. 9. Juli 2020 (URL: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Corona+Krisenbarometer+Folge+8.pdf/fce7d886-e8ef-bc13-f3bc-c106701a8248?t=1594289723183>; zugegriffen 09.11.2023)
- Neu, V. und S. Pokorny (2018): Extremistische Einstellungen und empirische Befunde, in: E. Jesse und T. Mannewitz, Hrsg. *Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden, S. 161-204
- Ohlemacher, Th. (1994): Public Opinion and violence against foreigners in the reunified Germany, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 23, Heft 3, S. 222-236
- Petersen, Th. (2022): Ein Funke Hoffnung. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 297 vom 21. Dezember 2022 (URL: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Dezember2022_Hoffnung.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Petersen, Th. (2023): Protest und die Sorge vor Einwanderung. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 196 vom 24. August 2023 (URL: https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_August2023_AfD.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Piccitto, G., A. Liefbroer und T. Emery (2022): Does the survey mode affect the association between subjective well-being and its determinants? An experimental comparison between face-to-face and web mode, in: *Journal of Happiness Studies*, 23, S. 3441-3461
- Pickel, S., G. Pickel, N. Gittner, K. Celik und J. Kiess (2022): Demokratie und politische Kultur, in: O. Decker, J. Kiess, A. Heller und E. Brähler, Hrsg., *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen, S. 185-208
- Pokorny, S. (2016): Wirklich so enthemmt? Über eine Studie zu rechtsextremistischen Einstellungen in der Mitte, in: *Die politische Meinung*, Nr. 540, 10. Oktober 2016, S.57-60

- Pokorny, S. (2023): „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ...“ Monitor Wahl- und Sozialforschung. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin (URL: <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/>; zugegriffen 09.11.2023)
- Raffelhüschen, B. und T. Renz (2022): Lebenszufriedenheit 2022: Neue Krisen schwächen die Erholung, in: B. Raffelhüschen, Glücksatlas 2022. Berlin, S. 26-46
- Reinecke, J., LM. Verneuer-Emre, M. Wächter, S. Skolarski und J.-H. Lück (2023): Populistische Einstellungen in der Bevölkerung. Messung und Analyse anhand einer Kurzskaala. Forschungsverbund Sozialer Zusammenhalt. FG2 Working Paper Nr. 6. Bielefeld (URL: https://fgz-risc.de/fileadmin/user_upload/Reinecke_et_al_2023_Populistische_Einstellungen_in_der_Bevoelkerung.pdf; zugegriffen 12.11.2023)
- Reiser, M., H. Best, A. Salheiser, O. Fürnberg, J. Hebenstreit und L. Vogel (2020): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringer Monitor 2019. Jena (URL: https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen-Monitor-2019-Zusammenfassung.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Reiser, M., A. Küppers, V. Brandy, J. Hebenstreit und L. Vogel (2023): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. Jena (URL: https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_lang_bf.pdf; zugegriffen 10.10.2023)
- Reuband, K.H. (1989): Wächst in der Bundesrepublik die Ausländerfeindlichkeit? Ergebnisse von Umfragen der Jahre 1980-1988, in: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, 19, S.270-274 (URL: <https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-13130/S0091242.pdf>; zugegriffen 10.10.2023)
- Reuband, K.H. (1990: Meinungslosigkeit im Interview. Erscheinungsformen und Folgen unterschiedlicher Befragungsstrategien, in: Zeitschrift für Soziologie, 19, 1990, S. 428-443 (URL: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/zfsoz-1990-0603/html?lang=de>; zugegriffen 12.11.2023)
- Reuband, K.H. (1991): Bekundete und reale Offenheit im Interview. Eine empirische Analyse des Zusammenhangs von Verweigerungshaltung und Antwortverhalten, in: Planung und Analyse, 18, S. 49-51
- Reuband, K.H. (1998): Quoten- und Randomstichproben in der Praxis der Sozialforschung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und den Antwortmustern der Befragten, in: ZA Information 43, S.48-80
- Reuband, K.H. (2002): Mail and telephone surveys. Their impact on responses, in: J. Blasius, J. Hox, E. de Leeuw und P.Schmidt, Hrsg., Social science methodology in the new millenium [CD-Rom]. P021403. Opladen

- Reuband, K.H. (2013): Auswirkungen des Erhebungsverfahrens auf die Beurteilung der Todesstrafe in allgemeinen Bevölkerungsbefragungen. Ein Beitrag zum Einfluss sozialer Erwünschtheit, in: A. Kuhn, C. Schwarzenegger, A. Donatsch, M.F. Aiebi und D. Jositsch, Hrsg., *Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive*. Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag. Bern, S. 359-376
- Reuband, K.H. (2020): Rechtspopulistischer Protest – eine Folge lokaler politischer Kultur? Dresden als Entstehungs- und Veranstaltungsort der PEGIDA-Kundgebungen, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP)*, 26, Heft 2, S. 132-157 (URL: <https://mip.pruf.hhu.de/article/view/173/197>)
- Reuband, K.H. (2022): Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. Der Stellenwert von AfD-Affinitäten, Verschwörungsdenken und Ortsgröße, in: *Zeitschrift für Politik*, 69, Heft 1, S. 55-77
- Reuband, K.H. (2023): Anomie-Erleben, subjektiver Kontrollverlust und rechtspopulistischer Protest. Das Beispiel PEGIDA, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 64, Heft 3, S. 549-583 (URL: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11615-023-00465-3>)
- Reuband, K.H. und J. Blasius (1996): Face-to-face, telefonische und postalische Befragungen: Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadt-Studie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48, Heft 2, S.296-318
- Rippl, S. und C. Seipl (1997): Gruppenunterschiede – Fakt oder Artefakt? Das Beispiel der Bedeutungsäquivalenz am Beispiel der Rechtsextremismusskala, in: *Zeitschrift Für Soziologie*, 26, Heft 2, S. 139-150
- R+V Versicherung (2023): Die Ängste der Deutschen 2023 (URL: <https://www.ruv.de/newsroom/themenspezial-die-aengste-der-deutschen/grafiken-zahlen-ueberblick>; zugegriffen 10.10.2023)
- Smith, T. (1978): In search of house effects: a comparison of responses to various questions by different survey organizations, in: *Public Opinion Quarterly*, 42 (4), S. 443-463
- Schenke, J. A. Munderloh, S.T. Franzmann und S. Kühnel (2021): *Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021*. Göttingen (URL: <https://www.fodex-online.de/publikationen/ndm2021/>; zugegriffen 12.11.2023)
- Schröder, K. (2023) Trend zu rechten Ideen? Diese Rechtsextremismus-Studie verengt den legitimen Meinungskorridor in Deutschland, in *Welt (Online)*, 02.10.2023 (URL: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus247761620/Kristina-Schroeder-Die-methodischen-Taschenspieler-Tricks-der-Umfragen.html>; zugegriffen 10.10. 2023)

- Schumann, D., H. Shamon und J.F. Hake (2019): The importance of house effects for repeated public opinion surveys, in: *International Journal of Public Opinion Research*, 32 (4), S. 769-779
- Statista (2023): Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland (URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153854/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-deutschland/>; zugegriffen 10.10.2023)
- Stern, V. (2021): Die Profiteure der Angst? Rechtspopulismus und die Covid-19-Krise in Europa. Ein Überblick. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (URL: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/17736-20210512.pdf>; zugegriffen 12.11.2023)
- Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin (URL: <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf>; zugegriffen 12.11.2023)
- Stroppe, A.K. und M. Mauk (2021): Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat, in: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Hrsg., Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 386-393
- SWR (2023): Neue Studie: Alarmierende Normalisierung von rechtsextremen Haltungen, SWR, 21.09.2023 (URL: <https://www.fr.de/politik/mitte-studie-rechtsextremismus-diktatur-afd-zuwachs-tabu-ergebnis-92532629.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- Tagesschau (2023): Acht Prozent teilen rechtsextremes Weltbild, 21.09.2023 (URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rechtsextremismus-studie-100.html>; zugegriffen 10.10.2023)
- TAZ (2023): Die Mitte wankt, in: die tageszeitung 21.09. 2023 (URL: <https://taz.de/Rechtsextremismus-Studie/!5958421/>; zugegriffen 10.10.2023)
- Unzicker, K. (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Pandemiebedingungen: Schub für Solidarität, Treiber von Ungleichheit, in: M. Florack, K. R. Korte und J. Schwanholz, Hrsg., Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt/New York, S. 175-184
- Unzicker, K. (2022): Umfrage Februar 2022. Erschöpfte Gesellschaft. Auswirkungen von 24 Monaten Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh (URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Umfrage_Erschoepfte_Gesellschaft_Feb2022.pdf; zugegriffen 12.11.2023)
- Vehrkamp, R. (2021): Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021. Einwurf – Bertelsmann Stiftung. Gütersloh (URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2021.pdf; zugegriffen 12.11.2023)

- Vehrkamp, R. und Bischoff (2020): Einwurf: Rückkehr des Vertrauens? Bertelsmann Stiftung. Gütersloh (URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2020.pdf; zugegriffen 12.11.2023)
- Vehrkamp, R. und W. Merkel (2020): Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh (URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Populismusbarometer_2020.pdf; zugegriffen 23.11.2023)
- Wagner-Schelewsky, P. und L. Hering (2022): Online-Befragung, in: N. Bauer und J. Blasius, Hrsg., Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 3. Aufl. Wiesbaden, S. 1051-1066
- Wasmer, M. und O. Hochman (2019): „In Deutschland lebende Ausländer“: Unterschiede im Begriffsverständnis und deren Konsequenzen für die Einstellungsmessung, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 61, S. 18-23 (URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/61162>; zugegriffen 13.11.2023)
- Wetzels, P., K. Brettfeld, R. Entricht, D. Farrer, J. Fischer und D. Farren (2022): Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland. Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021“, in: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande und D. Rieger, Hrsg. MOTRA Monitor 2021. Wiesbaden, S. 72-103 (URL: <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/aktuelle-meldungen/2022-08-31/motra-monitor2021-uhh-extremismus.pdf>; zugegriffen 12.11.2023)
- Zhang, X., L. Kuchinke, M.L. Woud, J. Velten und J. Margraf (2017): Survey method matters: Online/offline questionnaires and face-to-face or telephone interviews, in: Computers in Human Behavior, 71, S. 172-180
- Zick, A., W. Berghan und N. Mokros (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19, in: A. Zick, B. Küpper und W. Berghan, Hrsg., Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn, S. 53-116
- Zick, A., B. Küpper und N. Mokros (2023), Hrsg., Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn (URL: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>; zugegriffen 10.10.2023)
- Zick, A. und N. Mokros (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: A. Zick, B. Küpper und N. Mokros, Hrsg., Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 53-90